

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, 28.03.2007, 16.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend vom Stadtrat:

die Damen und Herren Ratsmitglieder

<u>SPD</u> Bosser, Bündgen, Dickmeis, Gartzen, Gehlen, Heidbüchel, Kämmerling, Kendziora, Koch, Krauthausen, Ladwig, Löhmann, Medic, Noichl, Paul, Rütten, Scholz, Schultheis, Schyns, Wagner, Weidenhaupt, Weißhaupt, Zimmermann, Zollorsch,	<u>CDU</u> Brief, Casel, Dittrich, Dondorf, Faschinger, Groß, Kamps, Kortz, Krauthausen, Lennartz, Peters, Pohl, Schieren, Schmitz, Stolz, Willms, <u>Anwesend von der Verwaltung:</u> Herr Bgm. Bertram, Herr Beig. Schulze, Herr Beig. Knollmann, Herr Breuer, Herr Darius, Herr Effenberg, Herr Gühsgen, Herr Dr. Hartlich, Herr Jammermann, Herr Jopke, Herr Kaever, Herr Kaldenbach, Herr Kamp, Herr Müller, Herr Rehahn, Herr Rombach, Herr Schmidt, Herr Schreiber, Herr Swiechota, Herr Wipperfürth,	<u>UWG</u> Müller, Olbrich, Spies, Waltermann, <u>GRÜNE</u> Leisten, Pieta, Schürmann bis TOP A 24, <u>FDP</u> Krieger ab TOP A 3, Göbbels, Theuer, <u>es fehlten:</u> <u>entschuldigt:</u> <u>Schriftführer:</u> Frau Baader, Frau Johnen, <u>Gäste:</u> Herr Henneböhl, Herr Zink, <u>zur Ausbildung:</u> Herr Effenberg, Frau Faust, Herr Guß, Herr Hermes, Frau Joußen, Frau Kohlhaas, Herr Rehahn, Herr Schümmer, Frau von Broich, Herr Yilmaz.
--	---	---

A) Öffentlicher Teil

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Rates um 16.00 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Ratssitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Rates gegeben sei.

Er wies darauf hin, dass während der Ratssitzung aufgrund des bereits bekannten Antrages des RM Pieta Rauchverbot bestehe.

Zur Tagesordnung führte er aus, dass der jetzige Tagesordnungspunkt A 4 verschoben werden solle. Unter Tagesordnungspunkt A 3.1 würde im Anschluss an die Haushaltsreden über die in der Verwaltungsvorlage 080/07 genannten Maßnahmen einzeln beraten und abgestimmt. Nach Beratung über den Tagesordnungspunkt A 8.1 solle dann über die Haushaltssatzung insgesamt (Band I und II) mit den bis dahin beschlossenen Änderungen abgestimmt werden. Im Anschluss hieran werde der Tagesordnungspunkt A 4 wieder eingefügt. Diesem Änderungsvorschlag folgte der Stadtrat einstimmig. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil:

A 1) Fragestunde für Einwohner

A 2) Genehmigung einer Niederschrift

A 3) Haushaltssatzung 2007

A 3.1) Erlass der Haushaltssatzung 2007

VV-Nr. 080/07

A 4) Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2007

VV-Nr. 049/07

A 5) 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler

VV-Nr. 066/07

A 6) Antrag des Segelklub Eschweiler See e. V. auf Bezuschussung beim Neubau eines Vereinsheimes am Blausteinsee vom 02.11.2006 sowie Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2007

VV-Nr. 037/07

A 7) Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes - Ortsverband Eschweiler e. V. - auf einen Zuschuss für den Kids-Klub für das Haushaltsjahr 2007

VV-Nr. 061/07

A 7.1) Einrichtung einer Stelle für einen Diplomsozialarbeiter;
Antrag des Sozialdienstes Kath. Frauen vom 05.03.2007

- A 8) Bildung von Haushaltsausgaberesten/Mittelübertragung nach NKF
VV-Nr. 056/07
- A 9) Antrag des Integrationsrates zur finanziellen Förderung eines Begegnungsfestes
VV-Nr. 074/07
- A 10) Erhöhung des Geschäftsaufwandes;
hier: Antrag des Integrationsrates vom 08.02.2007
VV-Nr. 075/07
- A 11) Weiterentwicklung des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück
VV-Nr. 059/07
- A 12) Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung im Schulbezirk der KGS Dürwiß
VV-Nr. 041/07
- A 13) Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung im Schulbezirk der GGS Weisweiler
VV-Nr. 040/07
- A 14) Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung in den Schulbezirken KGS Bergrath und KGS Bohl
VV-Nr. 012/07
- A 15) Wahl eines Vertreters der Städt. Realschule Patternhof in den Schulausschuss
VV-Nr. 038/07
- A 16) Besetzung des Behindertenbeirates
VV-Nr. 077/07
- A 17) Abberufung und Bestellung eines kaufmännischen Geschäftsführers für die Freizeit-
zentrum Blausteinsee GmbH
VV-Nr. 053/07
- A 18) Ordnungsbehördliche Verordnung für die verkaufsoffenen Sonntage am 01.04.2007
im Rahmen des Frühlingsstadtfestes vom 30.03. - 01.04.2007, am 02.09.2007 im
Rahmen des Stadtfestes mit Autoschau vom 31.08. - 02.09.2007 und am 23.12.2007
ein verkaufsoffener Sonntag im Advent
VV-Nr. 031/07
- A 19) Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Stolberg und
der Stadt Eschweiler zur Durchführung von Vermessungsarbeiten (Liegenschafts-
vermessungen)
VV-Nr. 045/07
- A 20) Unterrichtspflicht des Rates gemäß § 113 Abs. 5 GO NRW
- Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 27.12.2006 -
VV-Nr. 035/07
- A 21) Planungsangelegenheiten
 - A 21.1 Bebauungsplan 264 - Auf dem Driesch -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
VV-Nr. 047/07

A 21.2 6. Änderung des BP 18 - Robert-Koch-Straße -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
VV-Nr. 005/07

A 22) Einziehung des öffentlichen Weges Gemarkung Eschweiler, Flur 34, Nrn. 286 tlw.,
 120 tlw., 376 tlw., 377 tlw. - zwischen Burgstraße und dem Eisenbahnunterführungs-
 bauwerk -;
hier: Öffentliche Bekanntmachung
VV-Nr. 051/07

A 23) Endgültige Herstellung der Erschließungsanlage „Käthe-Kollwitz-Straße/Kurt-
 Tucholsky-Straße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 172 - Auf dem Verkeskopf - und
 Widmung für den öffentlichen Verkehr
VV-Nr. 078/07

A 24) Anfragen und Mitteilungen

A 24.1 Regelungen zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Finanz-
 buchhaltung
VV-Nr. 084/07

B) Nichtöffentlicher Teil

B 1) Erschließung „Patternhof“;
hier: Abschluss eines Erschließungsvertrages zur Verlängerung des Mischwasser-
 kanals
VV-Nr. 081/07

B 2) Herstellung der Erschließungsanlagen im Bereich des Bebauungsplanes K 118 -
 Kinzweiler Straße -;
hier: Abschluss eines Erschließungsvertrages
VV-Nr. 082/07

B 3) Planungsangelegenheiten

B 3.1 Projekt Auerbachstraße Ansiedlung Media/Saturn;
hier: Projektfortführung als vorhabenbezogener Bebauungsplan
VV-Nr. 073/07

B 4) Grundstücksangelegenheiten

B 4.1 Verkauf und vorherige Reservierung der Baublöcke „B“ und „C“ im Bebau-
 ungsplangebiet „Ringofen“;
 - Genehmigung einer dringlichen Entscheidung -
VV-Nr. 027/07

B 5) Personalangelegenheiten

B 5.1 Ernennung einer Mitarbeiterin
VV-Nr. 021/07

B 5.2 Beförderung eines Mitarbeiters
VV-Nr. 034/07

B 5.3 Beförderung eines Mitarbeiters
VV-Nr. 054/07

B 6) Anfragen und Mitteilungen

B 6.1 Beschlusskontrolle
VV-Nr. 065/07

- - - - -

A) Öffentlicher Teil

A 1) Fragestunde für Einwohner

Bgm. Bertram verlas die Fragen des Herrn Henneböhl sowie die Antworten des Geschäftsführers der FAM GmbH, Herrn Zink, dazu (Anlagen 1 und 2) und wies Herrn Henneböhl auf sein Nachfragerecht hin. Da Herr Zink zu Tagesordnungspunkt A 11 ebenfalls an der Sitzung teilnehmen werde, regte Bgm. Bertram an, Herr Henneböhl möge evtl. Nachfragen bei den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt unmittelbar an Herrn Zink richten.

A 2) Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

A 3) Haushaltssatzung 2007

Vor Beratung über die Verwaltungsvorlage zu TOP A 3) hielten die RM Gehlen, Dittrich, Spies, Pieta und Theuer zunächst die Haushaltsreden der einzelnen Ratsfraktionen (Anlagen 3 – 7).

In der Zeit von 17.00 – 17.10 Uhr und von 17.50 – 18.00 Uhr wurde die Sitzung jeweils für eine Sitzungspause unterbrochen.

A 3.1) Erlass der Haushaltssatzung 2007
VV-Nr. 080/07

Beig. Knollmann gab zunächst zur Kenntnis, dass formalrechtlich als Einwendungen zu betrachtende Eingaben gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2007 nicht vorlägen. Hinsichtlich des vorliegenden Schreibens der IHK Aachen gab Beig. Knollmann die als Anlage 8 beigefügte Stellungnahme ab.

Im Anschluss hieran ergänzte Bgm. Bertram, dass die Stadt Eschweiler bei der IHK Aachen Beschwerde einreichen werde, da das Schreiben der IHK, in dem der Stadt eine Fehlprognose bei der Veranschlagung von Steuern unterstellt werde, allen örtlichen Unternehmen zugeleitet worden sei. Dies sei für die Stadt als Unternehmensstandort schädlich, zumal die von der IHK in ihrem Schreiben genannten Daten schlichtweg falsch seien.

RM Dittrich bat darum, die Beschwerde im Namen des Rates zu formulieren und den Fraktionsvorsitzenden in Kopie ebenfalls zuzuleiten. Dies sagte Bgm. Bertram zu.

Im Anschluss hieran folgten die nachstehenden Beschlussfassungen zu den in der Verwaltungsvorlage Nr. 080/07 genannten Einzelmaßnahmen:

Teilergebnisplan Produkt 011111001 – Organisationsangelegenheiten
Sachkonto 52917000, Bez.: Gutachten/Beratungshonorare an externe Unternehmen

Der Stadtrat beschloss mit 29 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, RM Spies, Bgm.) bei 20 Gegenstimmen (CDU, FDP, RM Waltermann) und 2 Enthaltungen (RM Müller, RM Olbrich), für den vorg. Zweck Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € bereitzustellen.

Teilergebnisplan Produkt 021220101 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Sachkonto 43210900, Bez.: Benutzungsgebühren

Der Stadtrat lehnte die Erhöhung des Haushaltsansatzes auf 15.000 € mit 32 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, Bgm.) bei 19 Ja-Stimmen (CDU, FDP) mehrheitlich ab.

Teilergebnisplan Produkt 021220101 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
Sachkonto 52910100, Bez.: Kommunalen Ordnungsdienst

Der Stadtrat lehnte die Erhöhung des Haushaltsansatzes auf 92.000 € mit 32 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, Bgm.) bei 19 Ja-Stimmen (CDU, FDP) mehrheitlich ab.

Teilergebnisplan Produkt 032100101 – Grundschulen
Sachkonto 543123410, Bez.: Sachleistungen für Sprachförderkurse

Der Stadtrat lehnte die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000 € mit 28 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Ja-Stimmen (CDU, FDP, UWG) mehrheitlich ab.

Teilergebnisplan Produkt 032100203 – Sonstige schulische Aufgaben
Sachkonto 52911200, Bez.: Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen

RM Gehlen beantragte, für den vorg. Zweck Haushaltsmittel in Höhe von 3.000 € bereitzustellen.

Der Stadtrat stimmte diesem Antrag einstimmig zu.

Teilergebnisplan Produkt 053100104 – Unterstützende Seniorenarbeit
Sachkonto 53118210, Bez.: Zuschuss alternativer Wohnraum für ältere Menschen

RM Spies erklärte für die UWG-Fraktion, dass man dem vorliegenden Antrag inhaltlich zustimmen könne unter der Voraussetzung, dass der letzte Absatz gestrichen werde. Hiermit erklärte sich RM Gehlen für die Antragsteller einverstanden.

RM Dittrich gab bekannt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag inhaltlich grundsätzlich zustimme, eine Mittelbereitstellung bereits zum jetzigen Zeitpunkt allerdings ablehne.

Im Anschluss stimmte der Stadtrat der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 10.000 € mit 35 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, UWG, Bgm.) bei 16 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich zu.

Die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2007 insgesamt wurde zunächst zurückgestellt und erfolgte nach Behandlung aller weiteren haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte (nach TOP A 7.1).

**A 4) Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2007
VV-Nr. 049/07**

RM Gehlen beantragte, den Hebesatz für die Gewerbesteuer für die Restlaufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes bei 430 v. H. zu belassen.

Der Stadtrat lehnte daraufhin den nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig ab:

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 28.03.2007 folgende Hebesatzsatzung beschlossen:

§ 1

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	270 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	391 v. H.
2	Gewerbesteuer	440 v. H.

§ 2

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2007 in Kraft.

Dem vorgenannten Antrag des RM Gehlen stimmte der Stadtrat im Anschluss einstimmig zu.

**A 5) 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler
VV-Nr. 066/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die als Anlage 2 beigelegte 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler.

**A 6) Antrag des Segelklub Eschweiler See e. V. auf Bezuschussung beim Neubau eines Vereinsheimes am Blausteinsee vom 02.11.2006 sowie Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2007
VV-Nr. 037/07**

RM Dittrich beantragte, dem Segelklub Eschweiler See e.V. einen Zuschuss in Höhe von 140.000 € zu gewähren.

Diesen Antrag lehnte der Stadtrat mit 32 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, Bgm.) bei 19 Ja-Stimmen (CDU, FDP) mehrheitlich ab.

Anschließend fasste der Stadtrat einstimmig den nachstehenden – in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.03.2007 vorberatenen – Beschluss:

- a.) Dem Segelklub Eschweiler See e. V. wird für den Neubau eines Vereinsheimes am Blausteinsee ein Zuschuss in Höhe von 50.000 € zur Verfügung gestellt.

**A 7) Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes - Ortsverband Eschweiler e. V. - auf einen Zuschuss für den Kids-Klub für das Haushaltsjahr 2007
VV-Nr. 061/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 35 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, UWG, Bgm.) bei 16 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich zu:

1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Deutschen Kinderschutzbund – Ortsverband Eschweiler e. V. – wird auf seinen Antrag vom 25.01.2007 zum Ausgleich der nicht gedeckten Kosten – zunächst bezogen auf das Schuljahr 2006/07 – ein Zuschuss in Höhe von maximal 100.000,00 € gewährt. Die Höhe des Zuschusses wird nach Maßgabe der nachweislich nicht gedeckten Kosten ermittelt. Die Zuschussgewährung steht insgesamt unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch die Verwaltung.
3. Über die Höhe eines darüber hinausgehenden Zuschusses für Betreuungsmaßnahmen im Schuljahr 2007/08 hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 13.06.2007 vor dem Hintergrund der dann feststehenden Trägerschaften an den einzelnen Schulen gemäß Sachverhalt zu entscheiden.

**A 7.1) Einrichtung einer Stelle für einen Diplomsozialarbeiter;
Antrag des Sozialdienstes Kath. Frauen vom 05.03.2007**

Beig. Knollmann gab bekannt, dass der Antrag des Sozialdienstes Kath. Frauen (SKF) in der Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 27.03.2007 vorberaten worden sei mit dem Ergebnis, dass der SKF bei der ARGE eine ABM-Stelle beantragen könne. Der für die ABM-Maßnahme durch den SKF zu erbringende Eigenanteil könne gegebenenfalls in Form eines entsprechenden Zuschusses durch die Stadt übernommen werden, soweit der SKF den Eigenanteil nicht selbst tragen könne. Hierüber sei jedoch nach Abschluss des Haushaltsanzeigeverfahrens nochmals zu beraten.

RM Zollorsch ergänzte, dass vor einer Entscheidung über den Antrag des SKF zunächst die Erörterungen zwischen dem Kreis Aachen und den freien Trägern abgewartet werden sollten. Durch eine Anpassung des Verteilerschlüssels der Kreisförderung werde der SKF voraussichtlich von dort künftig eine höhere Fördersumme erhalten als bisher.

RM Löhmann erläuterte, dass Teile des Antrages nicht der allgemeinen Beratung, sondern der Schuldnerberatung oder Suchtberatung zuzuordnen seien. Die Finanzierung dieser Beratungsfelder werde derzeit mit dem Kreis Aachen neu verhandelt. Ergebnisse würden kurzfristig erwartet. Hieraus ergäben sich auch Synergieeffekte für die allgemeine Beratung. Als eine für alle Seiten tragfähige Alternative werde in Abstimmung mit dem SKF die nachfolgende Verfahrensweise gesehen:

1. Die Ergebnisse über die Verhandlungen zwischen dem Kreis Aachen und den freien Trägern über die Finanzierung werden zunächst abgewartet.
2. Verwaltung und SKF filtern gemeinsam mit der ARGE den Kundenkreis für die allgemeine Beratung, um eine Reduzierung der Fallzahlen zu erreichen.
3. Der SKF soll die Fälle der allgemeinen Beratung konkretisieren.

4. Der SKF soll bei der ARGE eine ABM-Stelle für die allgemeine Beratung beantragen. Evtl. unterstützt die Stadt den SKF hinsichtlich des Eigenanteils für diese ABM-Maßnahme mit einem entsprechenden Zuschuss nach weiteren Beratungen.

RM Dittrich regte an, einen Zuschuss in Höhe des Eigenanteils für die ABM-Stelle zur Verfügung zu stellen.

Beig. Knollmann führte aus, dass sich die Stadt nach jetzigen Erwartungen nach dem Abschluss des Anzeigeverfahrens nicht mehr im Haushaltssicherungskonzept befindet. Dann bestehe hinsichtlich solcher freiwilliger Leistungen wieder der nötige Handlungsspielraum. Inzwischen sollte zunächst ermittelt werden, wie hoch der Eigenanteil für eine solche ABM-Stelle sein wird.

Im Anschluss an die vorstehenden Ausführungen schloss sich RM Dittrich für die CDU-Fraktion dem Vorschlag an, die Entscheidung über den Antrag des SKF zunächst bis zum Abschluss des Haushaltsanzeigeverfahrens zurückzustellen. Die übrigen Ratsfraktionen waren mit dieser Vorgehensweise ebenfalls einverstanden.

Eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag fand daher nicht statt.

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2007 (VV-Nr. 080/07):

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt erfolgte die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2007 (Band I und II) insgesamt (VV-Nr. 080/07) einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen mit folgendem Ergebnis:

Der Stadtrat fasste mit 28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, FDP, UWG) mehrheitlich nachstehenden Beschluss:

- a) Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff), geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498), beschließt der Rat der Stadt Eschweiler folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Eschweiler voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	117.222.150 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen mit	115.673.255 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	113.513.700 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	105.889.075 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	12.375.350 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	15.714.600 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist wird auf 3.339.250 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 7.799.950 € festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0,-- € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 35.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	270 v. H.
1.2	für die Grundsteuer (Grundsteuer B) auf	391 v. H.
2	Gewerbsteuer auf	440 v. H.

Da eine besondere Hebesatzung erlassen wird, haben die Steuersätze nur deklaratorischen Charakter.

§ 7

Im Stellenplan sind verschiedene Stellen als „künftig wegfallend (kw) oder als „künftig umzuwandeln“ (ku) ausgewiesen.

Hieraus ergeben sich nachstehende Rechtsfolgen:

Kw-Vermerk: Die Stelle kommt bei dem Ausscheiden des Stelleninhabers in Fortfall.

Ku-Vermerk: Die Stelle ist nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers in eine Planstelle einer niedrigeren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.

§ 8 Flexible Haushaltsführung

- Sämtliche Aufwendungsermächtigungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind gegenseitig deckungsfähig.

Von der Regelung ausgenommen sind:

- Personal- und Versorgungsaufwendungen
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen
- Bilanzielle Abschreibungen
- Aufwendungen aus Kostenrechnenden Einrichtungen

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb der einzelnen Positionen bleibt bestehen.

Entsprechendes gilt für die zugehörigen Auszahlungsermächtigungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgenommen der durchlaufenden Gelder.

- Die Anwendung der Deckungsfähigkeiten darf nicht zu einer Minderung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit führen.
 - Alle investiven Auszahlungsermächtigungen sowie die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig.
 - Mehrerträge in den Teilplänen erhöhen grundsätzlich die Aufwandsermächtigungen in diesen Teilplänen soweit sie keiner speziellen Zweckbindung unterliegen. Das gleiche gilt für Mehreinzahlungen für Investitionen. Mindererträge in den Teilplänen vermindern grundsätzlich die Aufwendungsermächtigungen in diesen Teilplänen. Das gleiche gilt für Mindereinzahlungen für Investitionen.
 - Nicht verbrauchte Aufwendungen und Auszahlungen können durch Entscheidung des Stadtkämmerers übertragen werden.
- b) Das Ergebnis der abschließenden Beschlussfassung durch den Stadtrat ist bezüglich der aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 14.03.2007 an den Stadtrat verwiesenen Entscheidungen in die Haushaltssatzung einzuarbeiten.

Anschließend wurde die Sitzung in der Zeit von 19.30 Uhr – 19.50 Uhr für eine Sitzungspause unterbrochen.

A 8) Bildung von Haushaltsausgaberesten/Mittelübertragung nach NKF VV-Nr. 056/07

Der Stadtrat fasste mit 35 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, UWG, Bgm.) bei 16 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich nachstehenden Beschluss:

Der Bildung der entsprechend beigefügter Auflistung zu übertragenden Haushaltsausgabereste aus dem Haushaltsjahr 2006 (kameraler Haushalt) als Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2007 (NKF-Haushalt) wird zugestimmt.

A 9) Antrag des Integrationsrates zur finanziellen Förderung eines Begegnungsfestes
VV-Nr. 074/07

Der Stadtrat folgte der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, Mittel in Höhe von 3.000,00 € zur Verfügung zu stellen, einstimmig.

A 10) Erhöhung des Geschäftsaufwandes;
hier: Antrag des Integrationsrates vom 08.02.2007
VV-Nr. 075/07

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Dem Antrag des Integrationsrates, eine Erhöhung des Geschäftsaufwandes (Konto: 011110101 5492010, Seite 4, Band II, Haushaltsbuch) von 2.000,-- € auf 3.000,-- € vorzusehen, wird nicht entsprochen.

A 11) Weiterentwicklung des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück
VV-Nr. 059/07

Bgm. Bertram begrüßte den Geschäftsführer der FAM GmbH, Herrn Zink, und machte Herrn Hennebühl auf sein Nachfragerecht zur Einwohnerfragestunde aufmerksam. Herr Hennebühl verzichtete jedoch auf Nachfragen.

RM Gehlen beantragte für die SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgenden Ergänzungen zuzustimmen:

1. Für den Fall, dass die Inflationsrate über 3 % steigt, sind die Investitionen neu zu beraten.
2. Die Stadt Eschweiler wird ihren Investitionsanteil durch Grund und Boden einbringen und nicht durch liquide Finanzmittel.
3. Die Perspektive für den Verkehrslandeplatz und ein anrainendes Gewerbegebiet sollte Gegenstand der StädteRegion sein.
4. Die FAM GmbH muss den Vortrag der Bürgerinitiative Merzbrück schriftlich bewerten.

Nachdem die Fraktionen ihre jeweiligen Standpunkte zum Ausbau des Flugplatzes Merzbrück verdeutlicht und eingehend diskutiert hatten, führte Bgm. Bertram aus, dass der Flugplatz Merzbrück insgesamt Gegenstand der StädteRegion werden sollte. Er werde dies beim Landrat entsprechend beantragen. Soweit Lärmmessungen eine verschlechterte Situation für den Stadtteil St. Jöris ergeben sollten, werde er den Rat zu gegebener Zeit um ein Veto bitten. Um die Belastungen zu minimieren, solle man darauf bedacht sein, die blaue Platzrunde von St. Jöris weg zu führen. Dass er sich im Rahmen des Verfahrens für Letzteres einsetzen werde, sagte Herr Zink ausdrücklich zu. Des Weiteren bestätigte Herr Zink auf entsprechende Anfrage von RM Olbrich ausdrücklich, dass der Flugplatz Merzbrück als Schwerpunktlandeplatz gefördert werde und Fördermittel daher nicht zurückgezahlt werden müssten.

Anschließend fasste der Stadtrat mit 44 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Bgm.) bei 7 Gegenstimmen (Grüne, UWG) folgenden Beschluss:

Die Ausführungen zur geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück werden zur Kenntnis genommen.

Unter dem Vorbehalt gleich lautender Beschlüsse der Gesellschafter der Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH (FAM) sowie der Bereitstellung finanzieller Beteiligungen

entsprechend der Gesellschaftsanteile und unter dem Vorbehalt einer Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wird

der Verschwenkung der Start- und Landebahn auf dem Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück mit einer nutzbaren Länge von ca. 825 m bzw. 940 m um ca. 10° auf der Basis des Status Quo (Stand: 31.12.2004 unter Berücksichtigung eines Nachtflugverbotes und eines maximalen Abfluggewichtes von 3,0 t bzw. mit Einzelgenehmigung von 5,7 t) zugestimmt mit folgenden Ergänzungen:

1. Für den Fall, dass die Inflationsrate über 3 % steigt, sind die Investitionen neu zu beraten.
2. Die Stadt Eschweiler wird ihren Investitionsanteil durch Grund und Boden einbringen und nicht durch liquide Finanzmittel.
3. Die Perspektive für den Verkehrslandeplatz und ein anrainendes Gewerbegebiet sollte Gegenstand der StädteRegion sein.
4. Die FAM GmbH muss den Vortrag der Bürgerinitiative Merzbrück schriftlich bewerten.

Der Vertreter der Stadt Eschweiler in der Gesellschafterversammlung der FAM GmbH wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung entsprechend abzustimmen.

**A 12) Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung im Schulbezirk der KGS Dürwiß
VV-Nr. 041/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Stadt Eschweiler richtet unter der Voraussetzung, dass die Schulkonferenz der Kath. Grundschule Dürwiß (KGS Dürwiß) am 28.02.2007 den entsprechenden Beschluss fasst, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreises Aachen und der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, für zwei Gruppen den offenen Ganztagsbetrieb an der KGS Dürwiß ein.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Insbesondere sind Landes- und Bundesmittel zur Mitfinanzierung der durch den offenen Ganztagsbetrieb entstehenden Zusatzkosten zu beantragen.

**A 13) Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung im Schulbezirk der GGS Weisweiler
VV-Nr. 040/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Stadt Eschweiler richtet zum Schuljahr 2007/2008 an der Gemeinschaftsgrundschule Weisweiler (GGS Weisweiler), vorbehaltlich der Zustimmung des Kreises Aachen und der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, für zwei Gruppen den offenen Ganztagsbetrieb ein.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Insbesondere sind Landes- und Bundesmittel zur Mitfinanzierung der durch den offenen Ganztagsbetrieb entstehenden Zusatzkosten zu beantragen.

**A 14) Einrichtung weiterer offener Ganztagsschulen in Eschweiler
Ergebnis der Elternbefragung in den Schulbezirken KGS Bergrath und KGS
Bohl
VV-Nr. 012/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

1. Das Ergebnis der Elternbefragung von November/Dezember 2006 sowie die Ausführungen der Verwaltung im Sachverhalt werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Eschweiler richtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt an der Kath. Grundschule Bergrath (KGS Bergrath) vorbehaltlich der Zustimmung des Kreises Aachen und der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln für max. eine Gruppe den offenen Ganztagsbetrieb ein.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Insbesondere sind Landes- und Bundesmittel zur Mitfinanzierung der durch den offenen Ganztagsbetrieb entstehenden Zusatzkosten zu beantragen.

**A 15) Wahl eines Vertreters der Städt. Realschule Patternhof in den Schulausschuss
VV-Nr. 038/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Für die Städt. Realschule Patternhof wird als beratendes Mitglied Herr Konrektor Günter Busch in den Schulausschuss bestellt.

**A 16) Besetzung des Behindertenbeirates
VV-Nr. 077/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Anzahl der Mitglieder des Behindertenbeirates wird um

**1 Vertreter des Fördervereins für die Rehabilitation
psychisch Kranker und Behinderter e. V.**

erweitert. Der Vertreter des vorg. Fördervereins nimmt mit beratender Funktion an den Sitzungen des Behindertenbeirates teil.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Verein mit der Bitte anzuschreiben, ein Beiratsmitglied namentlich zu benennen.

**A 17) Abberufung und Bestellung eines kaufmännischen Geschäftsführers für die
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH
VV-Nr. 053/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Anstelle von Herrn Dietmar Röhrig wird nunmehr Herr Heinz Rehahn zum kaufmännischen Geschäftsführer der Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH bestellt.

Der Bürgermeister wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung entsprechend zu votieren.

- A 18) Ordnungsbehördliche Verordnung für die verkaufsoffenen Sonntage am 01.04.2007 im Rahmen des Frühlingsstadtfestes vom 30.03. - 01.04.2007, am 02.09.2007 im Rahmen des Stadtfestes mit Autoschau vom 31.08. - 02.09.2007 und am 23.12.2007 ein verkaufsoffener Sonntag im Advent
VV-Nr. 031/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf bei 1 Enthaltung (RM Leisten) einstimmig zu:

Der als Anlage 7 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung wird zugestimmt.

- A 19) Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Stolberg und der Stadt Eschweiler zur Durchführung von Vermessungsarbeiten (Liegenschaftsvermessungen)
VV-Nr. 045/07**

RM Spies regte unter Hinweis auf mögliche weitere Zusammenschlüsse bei Einführung der Städteregion Aachen an, die Laufzeit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf die Zeit bis zum Einführungszeitpunkt der Städteregion Aachen festzulegen. Hierdurch solle sichergestellt werden, dass sich die Stadt Eschweiler bei Einführung der Städteregion an eventuellen weiteren Zusammenschlüssen trotz der jetzt abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Stolberg beteiligen könne.

Herr Schreiber führte aus, dass die vorgesehene Laufzeit der öffentlich-rechtlichen Verwaltung an die Dienstzeiten der derzeitigen Leiter der Vermessungsdienststellen gekoppelt sei und nach deren Ausscheiden ohnehin über eine neue Lösung nachgedacht werden müsse. Im Übrigen müsse man bedenken, dass durch die interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Stolberg ein schon bestehender Bürgerservice gehalten werden könne, der möglicherweise bei anderen Bindungen verloren gehe.

Bgm. Bertram regte an, der Verwaltungsvorlage dennoch zuzustimmen verbunden mit dem Hinweis dass sich die Stadt Eschweiler bei Einführung der Städteregion überlegen möge, sich an eventuellen weiteren Zusammenschlüssen zu beteiligen.

Daraufhin stimmte der Stadtrat dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgt der Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Stolberg und der Stadt Eschweiler zur Durchführung von Vermessungsarbeiten (Liegenschaftsvermessungen).

- A 20) Unterrichtungspflicht des Rates gemäß § 113 Abs. 5 GO NRW
- Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 27.12.2006 -
VV-Nr. 035/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Dem Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 27.12.2006 wird insoweit Rechnung getragen, dass im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzungen künftig der Tagesordnungspunkt

„Unterrichtung des Rates gemäß § 113 Abs. 5 GO NRW“

fest vorgesehen wird.

Bgm. Bertram wies vor Beginn der Beratungen über Tagesordnungspunkt A 21 auf die nach § 31 i. V. m. § 43 GO NRW zu beachtenden Mitwirkungsverbote hin.

A 21) Planungsangelegenheiten

A 21.1 Bebauungsplan 264 – Auf dem Driesch -;

**hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
VV-Nr. 047/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen. (Anlage 1)
- II. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange bzw. Behörden gemäß § 3 und § 4 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen. (Anlage 2)
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 264 - Auf dem Driesch - (Anlage 3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 5) als Abschlussbegründung hierzu.

A 21.2 6. Änderung des BP 18 - Robert-Koch-Straße -;

**hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss
VV-Nr. 005/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

1. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
2. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
3. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
4. Die 6. Änderung des Bebauungsplans 18 - Robert-Koch-Straße - (Anlage 3) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

A 22) Einziehung des öffentlichen Weges Gemarkung Eschweiler, Flur 34, Nrn. 286 tlw., 120 tlw., 376 tlw., 377 tlw. – zwischen Burgstraße und dem Eisenbahnunterführungsbauwerk -;

**hier: Öffentliche Bekanntmachung
VV-Nr. 051/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einziehung des öffentlichen Weges Gemarkung Eschweiler, Flur 34, Nrn. 286 tlw., 120 tlw., 377 tlw. – zwischen Burgstraße und dem Eisenbahnunterführungsbauwerk – gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028), in der jeweils geltenden Fassung, zu veranlassen.

Die öffentliche Bekanntmachung (Anlage 1) und ein Lageplan (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

**A 23) Endgültige Herstellung der Erschließungsanlage „Käthe-Kollwitz-Straße/Kurt-Tucholsky-Straße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 172 - Auf dem Verkeskopf - und Widmung für den öffentlichen Verkehr
VV-Nr. 078/07**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

1. Die im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 172 – Auf dem Verkeskopf - ausgewiesene Erschließungsanlage „Käthe-Kollwitz-Straße/Kurt-Tucholsky-Straße“ (Gemarkung Dürwiß, Flur 4, Flurstücke 1023, 1024, 1240 tlw., 1026 und 1090) ist gemäß § 8 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Eschweiler vom 30.03.1990 in der derzeit geltenden Fassung endgültig hergestellt.

Damit unterliegen die durch die vorgenannte Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke der Erschließungsbeitragspflicht gemäß § 133 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung.

2. Durch den rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 172 – Auf dem Verkeskopf – sind die Grundstücke Gemarkung Dürwiß, Flur 4, Flurstücke 1023, 1024, 1240 tlw., 1026 und 1090, die der Erschließungsanlage „Käthe-Kollwitz-Straße/Kurt-Tucholsky-Straße“ dienen, als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt worden.

Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung wird die vorgenannte Erschließungsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Kurt-Tucholsky-Straße und die Käthe-Kollwitz-Straße, Gemarkung Dürwiß, Flur 4, Flurstücke 1023, 1024, 1240 tlw. und 1026 tlw. werden als öffentliche Verkehrsfläche (Gemeindestraße) gewidmet.

Der Verbindungsweg zwischen der Kurt-Tucholsky-Straße und der Käthe-Kollwitz-Straße, Gemarkung Dürwiß, Flur 4, Flurstück 1090 und der Verbindungsweg in östlicher Verlängerung des Verbindungsweges zwischen der Kurt-Tucholsky-Straße und der Käthe-Kollwitz-Straße, Gemarkung Dürwiß, Flur 4, Flurstück 1026 tlw. werden als öffentliche Verkehrsfläche (Rad- und Fußweg) gewidmet.

Mit der öffentlichen Bekanntmachung wird die Widmung wirksam.

Die vorstehenden Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen; der Beschluss zu 1. gemäß § 52 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung und der Beschluss zu 2. mit Rechtsbehelfsbelehrung.

A 24) Anfragen und Mitteilungen

A 24.1 Regelungen zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung VV-Nr. 084/07

Bgm. Bertram wies auf den Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes hin und erklärte, die Verwaltung werde dem Hinweis folgen und die Dienstanweisung zunächst bis zum 30.06.2007 befristen.

Daraufhin nahm der Stadtrat den nachstehenden Beschlussentwurf zur Kenntnis:

Die als Anlagen beigefügten Dienstanweisungen

- a.) Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung (Anlage 1)
- b.) Dienstanweisung über die Zahlungsabwicklung (Anlage 2)
- c.) Dienstanweisung über dezentrale Aufgaben der Zahlungsabwicklung (Anlage 3)

sowie die Verfügungen des Bürgermeisters bzgl. „Verfahren zur Stundung, Niederschlagung oder Erlass von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Geldforderungen der Stadt Eschweiler“ und „Aussetzung der Vollziehung von Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Geldforderungen der Stadt Eschweiler“ werden zur Kenntnis genommen.

A 24.2) Lärmschutzbeirat Flugplatz Merzbrück

Bgm. Bertram gab zur Kenntnis, dass die Bürgerinitiative Merzbrück darum gebeten habe, ein Mitglied in den Lärmschutzbeirat entsenden zu dürfen. Ein freier Sitz im Lärmschutzbeirat stehe noch zur Verfügung. Er rege daher an, der Bitte nachzukommen. Hiermit waren alle Ratsvertreter einverstanden.

A 24.3) Abschreibungen im Bereich Abwasserbeseitigung

RM Spies bat Herrn Beig. Knollmann um Stellungnahme hinsichtlich des Umgangs mit der Festsetzung der Abschreibungsbeträge im Bereich Abwasserbeseitigung und daraus evtl. resultierenden Änderungen bei den Gebühren.

Beig. Knollmann verwies auf gesetzliche Vorgaben und erläuterte, dass es sich bei den abgesenkten bilanziellen Abschreibungsbeträgen zunächst um eine Prognose handle, die sich erst mit der geprüften Bilanz festige. Erst danach sei eine neue Gebührenkalkulation sinnvoll, die im Übrigen im Bereich der Abwasserbeseitigung immer zu Beginn des Jahres erstellt werde.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. Bgm. Bertram schloss daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.50 Uhr. Die Ratssitzung wurde für eine Sitzungspause bis 21.05 Uhr unterbrochen.

An den Bürgermeister der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz
52249 Eschweiler

Betr. Fragestunde von Einwohnern für die Ratssitzung am 28.3.07, 16.00 Uhr

Fragen zum Ausbau/ Neubau Merzbrück

1. Frage Wirtschaftlichkeitsrechnungen (WIR)

Ich bin erstaunt, mit welchen Daten und Unterlagen die Abgeordneten in den Stadträten der Gesellschafter versorgt werden, um damit Entscheidungen über Investitionen in Millionenhöhe zu treffen.

Eine Investitionsentscheidung erfordert in der Industrie eine Wirtschaftlichkeitsrechnung (WIR) vor der Entscheidung für verschiedene Varianten. Diese heißen hier **V1 Beibehalten Ist**, **V2 Verlängerung** gemäß JAR OPS Forderungen (ca 800-900m Bahn), **V3 Neubau** gemäß JAR OPS Forderung mit Verschwenkung (ca 800-900m Bahn, hier – laut H. Zink zur Erhöhung der Flugplatz-Attraktivität - verlängert auf 1200 m).

Dabei werden die Investitionsausgaben, die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben mit deren techn./ wirtschaftl. Begründung (zB. Anzahl Starts/Land. Ist, Prognose für V2, V3 und die zugehörigen Einnahmen aus S/L-Gebühren, Einnahmen aus Vermietung, Ausgaben für Betrieb und Instandhaltung..) als Barwerte berechnet und als Kapitalwert oder Annuität miteinander verglichen. Sensitivitätsanalysen zeigen den Einfluss variierender Prognosedaten auf das Ergebnis. Dem kaufm. Vergleich der Kapitalwerte werden die nicht geldlich bewertbaren Vor-/Nachteile zugeordnet und dann erst wird entschieden. Eine Wirtschaftlichkeitsrechnung ist zumindest in den Unterlagen der Ratssitzung von Würselen gefordert.

- wurden solche WIR von den Entscheidungsträgern eingefordert?(den mir vorliegenden Unterlagen sind nur die Investitionsausgaben und deren Annuität zu entnehmen)
- Gibt es solche WIR? Mit welchen Ergebnissen? Was zeigt ein Vergleich der Kapitalwerte der Varianten?
- Gibt es Zusammenstellungen der Vor-/Nachteile der Varianten? – mit der Bitte um Darstellung
- gibt es für die Entscheidungsfindung neutrale Controller, die mit know-how unterstützen und mit auf die Wirtschaftlichkeit achten?

2. Frage Darstellung der Finanzierung

Lt. meiner Rechnung muss die Stadt Eschweiler von den verbleibenden 2,3Mio. € Finanzmittel für die Investition V3Neubau (25 % von ca 2,3Mio. € =) 575 T€ zahlen, sei es bar, in Grundstücken, als Grundstückspacht oder als Kredit. Diese werden als Annuität (Tilgung und Zinsen) über 30 Jahre verteilt und in der Wertetabelle „Zuschussanteil der Gesellschafter,“ dargestellt.

Für Eschweiler heißt das dann in den Kommentaren : durchschnittlich „nur 40T€“ im Jahr oder „nur 400T€ in 10 Jahren“ . Die Darstellung wird in den Medien und von einzelnen Parteien missverstanden.

- Ist diese Darstellung Absicht?
- welche Rückstellungen (lt neuer Bilanzierung) muss Eschweiler (und die anderen Gesellschafter) bilden für die ggf. zu erwartende Kostensteigerung der Investition
- wie hoch ist die jährliche Subvention der Stadt Eschweiler bei den Betriebskosten z.Zt. ? Wie hoch wird sie ab 2009 sein?

3. Frage Nutzen der Investition?

Herr Zink (als Geschäftsführer der FAM) sagt, dass der Neubau (V3) notwendig sei, um die Attraktivität des zukünftigen Gewerbegebietes (mit H Zink als Geschäftsführer der Gebiets-Entwicklungsgesellschaft) zu erhöhen und somit flug-/technische Firmen ins

Gewerbegebiet zu ziehen und mehr Lufttaxi-Flüge auszulösen. Herr Zink sagt auch, dass der V3-Landeplatz rote Zahlen schreiben wird (wie alle deutschen Flugplätze) und damit auf ständige Subventionierung angewiesen sein wird.

- profitiert nur Würselen von dem Gewerbegebiet, während der „attraktivitätssteigernde“, defizitäre Start-/Landebahnneubau und die jährlichen Verluste von **allen** Gesellschaftern bezahlt werden soll?
- welche Festlegungen und Entscheidungen sind heute notwendig, damit dies nicht geschieht?

4. Frage **Amortisationszeit der SLBahn-Verlängerung**

Die SLB ist von 900 m maximale Länge (2006) auf 1200m (+33%, 2007) verlängert worden. Hierdurch fallen auch Mehrausgaben für V3 Neubau in Höhe von (geschätzt 33% von SLB-Baukosten 1,8 Mio€ =) ca. 600T€ an. Diesen stehen durch die gestiegene Attraktivität erhöhte Einnahmen durch Start- und Landegebühen der Lufttaxi für ca. 1000 (Schätzung H. Zink) Starts/Landungen pro Jahr (dh. durchschnittlich ca. 3 bis 4 Flugbewegungen pro Tag) gegenüber.

- ist die Prognosezahl für Anzahl Starts/Landungen fundiert?
- In welcher Zeit amortisieren sich diese erhöhten Mehrausgaben?
- Ist diese Amortisationszeit akzeptabel?

5. Frage **Flugzeiten und -routen**

Im Auftrag von Herrn Otmar Leuchter, St. Jöris, Klosterhof stelle ich folgende Fragen

- In welcher Zeit dürfen die Flugzeuge in Merzbrück starten und landen in der Woche/ am Wochenende?
- Wie ist die erlaubte, vorgeschriebene Flugroute nach/vor Start/ Landung insbesondere im Vorfeld von St. Jöris, wenn die Flugzeuge die gezeigte Platzrunde verlassen?

Mit freundlichen Grüßen
Willi Hennebühl

FLUGPLATZ AACHEN-MERZBRÜCK GMBH

FAM-GmbH Merzbrück 216/Flugplatz, 52146 Würselen

Herrn
Willi Hennebühl
Merzbrücker Straße 43
52249 Eschweiler

52146 Würselen, Merzbrück 216/Flugplatz
Telefon: 02405 / 73597 Telefax: 73390

Internet: www.flugplatz-aachen.de
e-mail: fam@flugplatz-aachen.de

Geschäftsführer:
Uwe Zink

Würselen, den 27.03.2007

Verschwenkung der Start- und Landebahn auf dem Verkehrslandeplatz Aachen - Merzbrück

Ihre Fragen zur Ratssitzung am 28.03.2007

Sehr geehrter Herr Hennebühl,

zu Ihren Fragen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Wirtschaftlichkeitsrechnungen

Bereits in den späten 60er Jahren entwickelte die Finanz- und Verkehrswissenschaft die Nutzen-Kosten-Analyse (NKA), ein ökonomisches Entscheidungsverfahren für öffentliche Investitionen, mit dem sichergestellt werden sollte, dass öffentliche Investitionen den gleichen Bedingungen wie private unterworfen werden. Volkswirtschaftliche Effekte, Wohlfahrtsgewinne oder -verluste oder auch Umweltbelange und regionale Effekte sollten hierbei Berücksichtigung finden. Problematisch bei den Nutzen-Kosten-Analysen war und ist, dass je nach Methodik unterschiedliche Ergebnisse für das gleiche Vorhaben ermittelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens fast nicht möglich zu ermitteln, in welchem Verhältnis die durch die Verschwenkung der Start- und Landebahn erzielten Lärmreduzierungen in den Ortschaften Broichweiden, Aachener Kreuz und Verlautenheide stehen mit den geringeren Ausbaukosten der ursprünglich angedachten Verlängerung der Start- und Landebahn.

Aufsichtsratsvorsitzender: Amtsgericht Aachen
Werner Brauer
Bürgermeister

HRB Nr. 645
Ust.Nr.: 202/5823/0138

Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00 Konto-Nr. 2 859 585
SWIFT-BIC: AACSDE33
IBAN: DE58 3905 0000 0002 8595 85

Vollbank Würselen
BLZ 391 629 80 Konto-Nr.: 112 661 018
SWIFT-BIC: GENODE33WUR
IBAN: DE 10 3916 2980 0112 6610 18

Auch die Frage, inwieweit sich der Wert der Grundstücke durch diese Wohnumfeldverbesserung in Broichweiden erhöht, kann unterschiedlich beurteilt werden. Insgesamt ist diese Bewertung äußerst subjektiv und deshalb von mir nicht erfolgt. Für St. Jöris ist keine erhöhte Lärmimmission prognostiziert worden, so dass sich keine wirtschaftliche Verschlechterung der dortigen Grundstückswerte ergibt.

Nichtsdestotrotz sind die Varianten der Verlängerung der Start- und Landebahn und der jetzt vorgesehenen Verschwengung im Aufsichtsrat der FAM GmbH erläutert und eingehend diskutiert worden.

Die ursprünglich angedachte Verlängerung der Start- und Landebahn hatte den wesentlichen Nachteil, dass für die Bürger/innen in den angrenzenden Ortschaften keine Lärmreduzierung erreicht werden konnte. Ich bin der Auffassung, dass die durch die Verschwengung zu erzielende Lärmreduzierung und Wohnumfeldverbesserung die höheren Ausbaurkosten von ca. 700.000,00 € rechtfertigen. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die geplante Lärmschutzwand an der A 44 bei geschätzten Baukosten von ca. 1 Mio. Euro nur zu einer deutlich geringeren Lärmreduzierung (ca. 4-5 dB (A)) führen wird.

2. Finanzierung

In der Verwaltungsvorlage für die Ratssitzung der Stadt Eschweiler ist dargestellt, dass die Finanzierung über ein KfW-Darlehen mit einer Laufzeit von 30 Jahren vorgesehen ist. Gleichzeitig ist ein Ausblick hinsichtlich der Entwicklung des Zuschussbedarfes bis 2019 beigelegt.

Ich erwarte, dass die ermittelten Planungs-, Bau- und Grundstückskosten eingehalten werden.

Die Stadt Eschweiler zahlt derzeit einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von ca. 7.900,00 €. Ich gehe davon aus, dass der laufende Betrieb des Verkehrslandeplatzes mittelfristig ohne Zuschuss möglich sein wird.

Wie ich bereits in der Bürgerversammlung in St. Jöris am 19.03.2007 erläutert habe, gehe ich davon aus, dass mittelfristig der Betrieb des Verkehrslandeplatzes kostendeckend möglich ist, die Ausbaurkosten jedoch von den Gesellschaftern finanziert werden müssen.

Herr Bürgermeister Betram hat in der Bürgerversammlung darüber hinaus auf die Betriebsführung des Verkehrslandeplatzes durch die StädteRegion als mittelfristiges Ziel hingewiesen.

3. Amortisationszeit der Start- und Landebahnverlängerung

Der Verkehrslandeplatz mit Betriebspflicht erfüllt nach der Luftverkehrskonzeption des Landes NRW 2010 eine Funktion im Geschäftsreiseflugverkehr und für die allgemeine Luftfahrt. Darüber hinaus ist er für die regionale Wirtschaft und im Verbund mit den übrigen Verkehrsinfrastruktureinrichtungen ein bedeutender Standortfaktor.

Vor diesem Hintergrund amortisiert sich die Investition mittel- bis langfristig.

Anlage 2, 3

4. Flugzeiten und -routen

Start- und Landungen auf dem Verkehrslandeplatz Aachen - Merzbrück sind jeweils 30 Minuten vor und nach Sonnenaufgang und -untergang möglich. Außerhalb der festgelegten Betriebszeiten (08:00 bis 16:00 Uhr) ist der Flugplatz weiterhin PPR (nur auf Anforderung und ggf. mit Zustimmung der Luftaufsicht).

Außerhalb der Platzkurve bestehen keine Beschränkungen. Es gibt eine Selbstverpflichtung der Flieger, Ortschaften nicht zu überfliegen. Ich werde aufgrund der Diskussion auf die Einhaltung der Selbstverpflichtung nochmals hinweisen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben. Eine Durchschrift dieses Schreibens habe ich Herrn Bürgermeister Betram zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen



(Zink)
Geschäftsführer

Haushaltsjahr 2007

Haushaltsrede des

SPD-Fraktionsvorsitzenden

Leo Gehlen

Es gilt das gesprochene Wort!

Freigabe ab 28.03.2007 14:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen wurden unter komplett neuen Voraussetzungen geführt. Der Haushaltsentwurf ist erstmals nach dem neuen System des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ aufgebaut.

Das NKF stellt die Verwaltung und die Politik vor neue Anforderungen. Ich denke, trotz einiger Hürden ist es uns gemeinsam gelungen, eine ordnungsgemäße Haushaltssatzung für das Jahr 2007 vorzulegen. An anderer Stelle sei es mir erlaubt, einmal kurz auf die UWG einzugehen. Aus meiner Sicht hat sie uns hierbei unnötige Stolpersteine in den Weg gelegt.

Nach den derzeit vorliegenden Zahlen reden wir im Ergebnisplan von Erträgen in Höhe von 117,2 Millionen und Aufwendungen in Höhe von circa 115,7 Millionen Euro. Laut Finanzplanung reden wir über den Gesamtbetrag an Einzahlungen in Höhe von 113,6 Millionen Euro und den Gesamtbetrag an Auszahlungen in Höhe von circa 105,8 Millionen Euro. Festzustellen ist, dass wir uns derzeit noch im Haushaltssicherungskonzept befinden.

Aber, sofern die Aufsichtsbehörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine wesentlichen Einwendungen geltend macht, wäre die Stadt Eschweiler mit dem Abschluss dieses Verfahrens aus dem Haushaltssicherungskonzept entlassen.

Lassen Sie mich nun bitte auf einige Einzelbereiche eingehen.

Meine Damen und Herren,
im vergangenen Jahr habe ich gefragt, ob die offene Jugendarbeit in dem uns bekannten Maße aufgrund der Kürzungen durch die Landesregierung NRW und der Finanzkrise des Bistums zukünftig in Eschweiler noch möglich sein wird.

Heute kann ich sagen, dass wir uns in der Jugendarbeit weiterhin auf einem guten Weg befinden. In Übereinstimmung mit den Pfarren St. Marien und St. Antonius Röhe haben wir allerdings beschlossen, deren Jugendheime ab dem 01.07.2007 nicht mehr zu finanzieren. Die Anzahl der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen ließ eine Förderung auf der bisherigen Grundlage nicht mehr zu.

Wir werden den Weg der stadtteilorientierten Jugendarbeit weitergehen. Deshalb bauen wir die mobile Jugendarbeit auch personell aus. Darüber hinaus unterstützen wir in finanzieller Hinsicht die Hausaufgabenbetreuung sowie die Durchführung der Ferienspiele, auch in St. Marien und Röhe.

Verlässlichkeit in der Jugendarbeit ist uns wichtig. Deshalb haben wir die Ferienmaßnahmen der Oase als auch der Spiel- und Lernstuben genau wie die Förderung der jugendkulturellen Maßnahmen fest im städt. Haushalt verankert.

In den Kindergärten werden wir den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren weiter betreiben und frei werdende Kapazitäten bei den 4 – 6-jährigen nutzen.

Wichtig ist mir zu sagen, dass es gerade für Kinder unter 3 Jahren in der Vergangenheit und auch in der Zukunft ausreichende Betreuungsangebote in Eschweiler gegeben hat und geben wird.

Zur Verbesserung unserer Anstrengungen gehört es aber auch, dass wir flexiblere Öffnungszeiten anbieten wollen, sofern dieses von den Eltern in ausreichender Anzahl gewünscht ist.

Solange es die wirtschaftlichen Voraussetzungen erlauben, werden wir versuchen, ortsnahe Kindergärten zu erhalten.

Die bereits beschlossenen sowie geplanten Veränderungen der Landesregierung im Kindergartenbereich werden Einschnitte zum Nachteil der Kommunen, im Speziellen aber zum Nachteil der Eltern mit sich bringen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge ist zu befürchten.

Schon jetzt bedeutet die Absenkung des Trägeranteils bei den Kirchen für die Stadt Eschweiler eine jährliche Mehrbelastung von 50.000 Euro.

Wir hoffen und wünschen, dass wir in den kommenden Jahren keine weiteren kirchlichen Einrichtungen übernehmen müssen.

Den Bereich der geregelten Vormittagsbetreuung stützen wir in diesem Jahr durch einen ansehnlichen städtischen Zuschuss an den Kinderschutzbund in Höhe von 100.000 Euro.

Weitere Schulen, wie die Grundschulen in Dürwiß, Stadtmitte (EGS) und Weisweiler haben entsprechende Beschlüsse zur Einführung von „Offenen Ganztagsgrundschulen“ getroffen.

Die Entwicklung der Gemeinschaftshauptschule Stadtmitte begrüßen wir ausdrücklich. Wenn das Land die Genehmigung hierfür ausspricht, wird sich die Stadt auch finanziell engagieren.

Das bedeutet natürlich, dass wir auch in Zukunft bereit sind, entsprechende Investitionen zu tätigen.

Da Bildung ein wichtiges Element sozialdemokratischer Politik ist – und wir wissen das nicht erst seit „Pisa“ – werden wir weiterhin alle möglichen Schritte zu einem umfassenden kommunalen Bildungsangebot unterstützen.

Hier ist für uns natürlich wichtig, welche gesetzlichen Vorlagen das Land, bzw. die gelb-schwarze Landesregierung in der Bildungspolitik im organisatorischen, inhaltlichen und finanziellen Bereich vorgibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalition stellt sich den Herausforderungen des „Demografischen Wandels“. So haben wir im letzten Jahr einen Antrag zur Einführung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zu diesem Thema gestellt. Die Verwaltung hat zu den ersten Ergebnissen und Schritten der Arbeitsgruppe einen Zwischenbericht angekündigt, den wir in Kürze erwarten, um somit dann eine angemessene Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu haben.

Die Veränderungen in der Gesellschaft entwickeln auch neue Ansprüche des Zusammenlebens und Wohnens. Bereits vor zwei Jahren haben wir uns mit Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung von Personen, die Pflege und Betreuung benötigen, auseinandergesetzt.

Eschweiler hat sich in diesem Bereich beispielhaft im Kreis Aachen entwickelt. Neben dem klassischen Betreuten Wohnen wurden auch neue Wohnformen, wie Senioren-, und Pflegewohngemeinschaften entwickelt und barrierefreie Wohnungen gefördert. Nun wird die Koalition das Mehrgenerationenwohnen fördern und die private Initiative dazu stärken. Es werden dazu von uns 10.000 Euro im Haushalt eingesetzt. Im Sozial-, und Seniorenausschuss sollen Richtlinien zum Abruf der Fördergelder entwickelt werden.

Integration ist in aller Munde. In Eschweiler reden wir nicht nur davon, sondern verfolgen auch konkrete Maßnahmen. Neben den positiven Erfahrungen bei der Umwandlung des Ausländerbeirates in einen Integrationsrat und damit die bessere Verzahnung mit der Politik, sind wir derzeit an der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes. Eschweiler ist bereits heute über seine Grenzen für seine Integrationspolitik bekannt! Eschweiler ist eine Stadt ohne Rassismus!

Eschweiler hat eine vom Land ausgezeichnete Hauptschule ohne Rassismus! Und um ein weiteres deutliches Signal in Richtung an rechtsradikale Machenschaften, die sich in unserem Umfeld abspielen, zu setzen, überlegen wir, noch in diesem Jahr ein Integrationszentrum einzurichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, dass bei den nächsten Kommunalwahlen „braune“ Listen auftauchen und mit allen demokratischen Mitteln verhindern, dass in diesem Raum, Vertreter rechtsextremer Gruppierungen zu Wort kommen!

Ich rufe Sie alle gemeinsam auf, aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen.

Meine Damen und Herren,
nach dem Neubau des Sportlerheimes in St. Jöris stehen wir nun kurz vor der Vollendung des Sportheimes in Hastenrath. Wir treiben weiterhin vehement die Sanierung von Sportheimen beziehungsweise Sportplätzen voran.

Dennoch muss erlaubt sein, im Rahmen eines Sportkonzeptes über Möglichkeiten beziehungsweise Veränderungen im sportlichen insbesondere fußballerischen Bereich nachzudenken.

Mit den Sportvereinen sind wir zurzeit in entsprechenden Sondierungsgesprächen.

Die SPD hat sich immer für den Sport in Eschweiler stark gemacht, und in dieser Folge wollen wir auch dem Segelclub einen Zuschuss für sein Segelheim am Blausteinsee in Höhe von 50.000 Euro gewähren.

Ein großes Projekt bedeutet die Sanierung des Freibades Dürwiß. Auch hier führen wir zurzeit Gespräche mit den Wassersport treibenden Vereinen, um sportliche aber auch finanzielle Möglichkeiten zum Erhalt des Bades zu schaffen.

Hier muss man auch offen über eine mögliche finanzielle, bzw. personelle Beteiligung der Schwimmsport treibenden Vereine nachdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
neben den schon bestehenden Städtepartnerschaften mit der französischen Stadt Wattrelos und der englischen Stadt Reigate & Banstead sind wir der Meinung, in einem immer größer werdenden Europa – vor allen Dingen im östlichen Bereich – über weitere Partnerschaften nachzudenken.

Sei es eine weitere Partnerschaft mit einer ungarischen, polnischen oder sogar russischen Stadt. Wir müssen hier weiterdenken, denn Europa hört nicht an der deutsch-polnischen Grenze auf.

Um in diesem Bereich in 2007 unter Einbeziehung des Partnerschaftsvereins, der sehr gute Arbeit leistet, konkrete Schritte unternehmen zu können, haben wir in diesem Haushalt 10.000 Euro mehr eingesetzt.

Eine Stadt wie Eschweiler, die im sozialen, sportlichen, jugendpolitischen, schulischen und auch im arbeitsmarktpolitischen Bereich investieren will, benötigt dringend eigene Mittel, Landesmittel und auch Bundesmittel.

Es tut jedes Mal weh, wenn ich sehe, dass wir ca. 22,2 Millionen Euro an Kreisumlage zahlen und dass wir immerhin noch 432.000 Euro Solidaritätsbeitrag für den Aufbau Ost zahlen müssen.

Ich stehe zu der Krankenhausinvestitionsumlage in Höhe von circa 5,60 Euro pro Jahr pro Einwohner. Aber, ob die drastische Erhöhung auf 11,30 Euro pro Einwohner und Jahr – die das Land zur Konsolidierung seines Haushalts zu Lasten der Kommunen beschlossen hat, kann ich

nicht nachvollziehen. Immerhin belastet diese dramatische hundertprozentige Erhöhung den städtischen Haushalt mit ca. 300.000 Euro.

22,2 Millionen Euro Kreisumlage, 1,4 Millionen Euro ÖPNV-Umlage, 432.000 Euro Solidaritätsbeitrag und 600.000 Euro Krankenhausinvestitionszulage ergeben bei einem Gesamthaushalt von 117 Millionen Euro einen Abfluss von circa 24,6 Millionen Euro.

Da denkt man über Steuererhöhungen nach.

Nach reiflicher Überlegung haben wir keine Erhöhung der Grundsteuern A und B aber auch keine Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie laut Haushaltssicherungskonzept vorgesehen war, durchgeführt.

Das heißt im Klartext, keine Erhöhung von Steuern in diesem Jahr. Dieser Punkt wird ja nachher noch Gegenstand der Beratungen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wer heute durch die Innenstadt geht, sieht noch Baumaschinen aber auch schon erfreuliche Fortschritte in der Englerthstraße und der Grabenstraße, welche in baulicher Kontinuität der im letzten Jahr fertig gestellten Uferstraßestehen.

Diese Innenstadtsanierung ist mit Einschränkungen für die ansässige Geschäftswelt verbunden. Ich bin aber überzeugt, dass mit Abschluss der Umgestaltung im Jahr 2009 die Innenstadt als modernes und konkurrenzfähiges Einkaufszentrum für die Zukunft bestens gerüstet ist, unsere Innenstadt lebendig sein wird und derzeit noch vorhandene Leerstände neuen Geschäften Platz gemacht haben werden.

Hier sehe ich auch trotz einiger Unkenrufe als weitere Attraktivierung das Projekt Langwahn und für die Stadt insgesamt das Projekt Auerbachstraße.

Ich appelliere insbesondere an Sie, Herr Schulze. Wir sind bisher gemeinsam mit Ihnen die Projekte Langwahn und Auerbachstraße gegangen, aber sorgen Sie nun bitte dafür, dass in beide Projekte Bewegung kommt. Das heißt, dass endlich die Bagger anrollen und die Bautätigkeiten beginnen und die Bürger von Eschweiler und natürlich auch der näheren Umgebung neben einer sanierten Innenstadt auch diese Projekte in Beschlag nehmen können.

Nun meine Damen und Herren,
lassen Sie mich noch einige Worte zum Blausteinsee verlieren. In den letzten Tagen beziehungsweise im letzten Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss gab es Diskussionen über die Weiterentwicklung am Blausteinsee sprich Seebühne beziehungsweise Seezentrum.

Die CDU, hier der Fraktionsvorsitzende Franz-Josef Dittrich begab sich auf das Feld der Malerei, hier speziell der Schwarzmalerei, in dem er meinte, „wir fangen wieder bei Null an, alles was bisher gemacht worden ist, wird gekippt“. Dass dem nicht so ist, ist klar erkennbar. Das Projekt Seebühne wird weiterhin ohne wenn und aber verfolgt. Für den Bereich des Seezentrums gibt es in der Tat neue Gedanken. Diese sind - nach unserer Auffassung so gut-, dass es sträflich wäre, sie nicht mit einzubeziehen.

Bis zur nächsten Planungs-, Umwelt – und Bauausschusssitzung am 5.06.2007 haben alle Parteien und die Verwaltung Zeit, sich mit diesen Planungen eingehend zu beschäftigen. Die Zielrichtung geht dahin, in dieser Sitzung dann abschließende Entscheidungen im Sinne der besten Entwicklung des Blausteinsees zu treffen.

Meine Damen und Herren,

seit 1972 hat die SPD in dieser Stadt mit Ausnahme von 5 Jahren bewusst und überzeugt Verantwortung getragen. Wir haben seinerzeit Projekte wie

- den Ausbau der Fußgängerzone (Grabenstraße, Neustraße)
- die Ansiedlung Peek & Cloppenburg
- den Kulturbahnhof (Talbahnhof)
- die Sanierung des Bades Jahnstraße
- die Einführung der OGATAS
- die mobile Jugendarbeit

entwickelt, offensiv nach vorne getragen und schließlich auch umgesetzt.

Dies, meine Damen und Herren, ist teilweise gegen den Widerstand der jeweiligen Oppositionsparteien geschehen. Man konnte sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass - als die Projekte von der Bevölkerung angenommen wurden – schnell ein Wandel im Denken stattfand und die Nein - Sager sich im Glanze des Erfolgs sonnten.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen, Ihr Gegrummel, ihr Getöse, Ihre Schwarzmalerei, Ihren Unmut zur Kenntnis nehmend, wir stehen zum Blausteinsee, wir stehen zur Entwicklung des Seezentrums und wir werden diese Entwicklung weiter nach vorne tragen.

Ich lade Sie gerne ein, den Weg mit der Bevölkerung und uns gemeinsam zu gehen. Ich sage Ihnen aber auch deutlich, gegebenenfalls gehen wir ihn als Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern aber ohne Sie.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir einige inhaltliche Worte zum Verkehrslandeplatz Merzbrück.

Die SPD-Fraktion nimmt die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst und hat das Thema intensiv und aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln diskutiert. Gleichwohl werden wir dem Projekt unter einigen Bedingungen zustimmen.

1. Für den Fall, dass die Inflationsrate über drei Prozent steigt, sind die Investitionen neu zu beraten.
2. Die Stadt Eschweiler wird ihren Investitionsanteil durch Grund- und Boden einbringen und nicht durch liquide Finanzmittel.
3. Die Perspektive für den Verkehrslandeplatz und ein anreinerndes Gewerbegebiet sollte Gegenstand der Städtereion sein.
4. Die FAM GmbH muss den Vortrag der Bürgerinitiative Merzbrück schriftlich bewerten.

Sicherlich ist die Untertunnelung der Indestraße zurzeit nicht realisierbar. Ich sage Ihnen, vergessen ist auch nicht die Entwicklung der Grünzugachse Kinzweiler/Blausteinsee. Wenn der Ankerpunkt Blausteinsee realisiert ist, wird diese Grünzugachse wieder auf der Agenda stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nun einige Worte zur Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung Eschweiler.

Ziel dieser ist es, die Verwaltung weiterhin zu einem leistungsfähigen, kundenorientierten Dienstleister zu gestalten.

Bei zunehmender Komplexität der Aufgaben, sich immer schneller entwickelnder Informationstechnik und weiter steigenden Kundenwünschen kann ein Dienstleistender nur dann allen Anforderungen gerecht werden, wenn er ständig lernbereit und veränderungsfähig ist. Die erforderlichen Reformen und Veränderungen werden aber nur dann erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden können, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen, ihre Wünsche und Ideen in den Veränderungsprozess einbringen und ihn aktiv mitgestalten.

Mit der beauftragten Organisationsuntersuchung sollen

- Aufgaben der Ämter beschrieben
- Schnittstellen zwischen den Ämtern untersucht

- Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung geprüft werden
- Synergieeffekte unter Begutachtung von Eigenständigkeit, möglichen Zusammenlegungen von Fachämtern analysiert werden
- die vorhandene EDV-Ausstattung und deren erforderliche Modernisierung geprüft werden
- mögliche technische Verbesserungen wie zum Beispiel die Online-Bearbeitung und die elektronische Aktenbearbeitung beachtet werden.

Letztlich soll die Organisationsuntersuchung einhergehen mit der Prüfung eines adäquaten und zielorientierten Personaleinsatzes zu einer qualitativ guten und schnellen Auftragserledigung und Sachbearbeitung.

Es ist ausdrücklich nicht Ziel der Untersuchung, meine Damen und Herren, Arbeitsplätze abzubauen. Ich hoffe, mit dieser Sachlage gegenüber dem Personalrat beziehungsweise den Beschäftigten der Verwaltung Klarheit geschaffen zu haben, was wir als Koalition wollen.

Nun, meine Damen und Herren, noch einige Worte zur UWG.

Meine Damen und Herren, Herr Spieß,

ich spreche Sie als Fraktionsvorsitzender der UWG an,

arbeiten Sie doch sachlich mit uns zum Wohle der Stadt, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zusammen. Lassen Sie doch die dauernden Eingaben bei der Kommunalaufsicht. Ich habe Ihnen schon letztes Jahr gesagt, Sie tun der Stadt, der Verwaltung, der Politik, mit diesen Eingaben keinen Gefallen. Gerade die Eingaben in Zusammenhang mit NKF waren so unnötig wie ein Kropf.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir einige Anmerkungen zur Koalition, sprich zu unserem Koalitionspartner Bündnis 90/ Die Grünen zu machen.

Sicherlich haben wir in der Sache bei einigen Punkten wie zum Beispiel beim Verkehrslandeplatz Merzbrück gegensätzliche Auffassungen.

Man muss auch – wie es sich in jeder Ehe gehört – die Entscheidung des Partners bzw. der Partnerin akzeptieren.

Da sich beide Partner dieser Sachlage bewusst sind und ich weiß auch in der Lage sind, hiermit verantwortungsvoll umzugehen, pflegen wir eine konstruktive Zusammenarbeit und ein aufrichtiges Miteinander.

Ich denke, dies wird auch für den Rest der Wahlperiode so sein. Ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für die gute kollegiale Zusammenarbeit bei Franz-Dieter Pieta beziehungsweise seinen Kollegen Bernd Leisten und Willi Schürmann.

Meine Damen und Herren,
zum Schluss darf ich Sie bitten, Herr Bürgermeister Bertram,
einen Dank der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung weiter zu geben.

Ich bedanke mich auch bei Ihnen für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren,
ich bedanke für Ihre Aufmerksamkeit. Dankeschön!

Haushaltsrede 2007 des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

vor genau einem Jahr habe ich am Ende meiner Haushaltsrede formuliert, dass die wichtigen Vorgehensweisen wie:

Erkennen von Problemen – Bedürfnissen – Anliegen;
Suchen nach Lösungsansätzen;
Auswahl alternativer Lösungen;
Entscheidungen;
den politischen Handlungsablauf bestimmen sollen.

Diese klare Reihenfolge ist aus unserer Sicht auch für das Jahr 2007 nicht zu erkennen.

Das Jahr 2006 liegt hinter uns und diese 12 Monate haben deutlich gezeigt, wie unbeweglich, kraft- und mutlos Koalition und Verwaltung agiert haben.

Die hoch gepriesenen Überlebensbausteine wie Einsparungen bei den Personal- kosten, die Überprüfung aller pflichtigen und freiwilligen Ausgaben, Gründung der AöR, Rückkauf der Anteile Schönackers haben sich im Jahre 2006 zu Sandkörnern entwickelt.

Dies ist Fakt – ein Ergebnis rot-grüner Kommunalpolitik.

Die Entwicklung Auerbachstraße, meine Damen und Herren, ist zur Chefsache in diesem Haus erklärt worden.

Eine Realisierung im Jahre 2006 ist nicht erfolgt. Die Frage nach der Verantwortlichkeit und den Auswirkungen ist noch zu beantworten.

Das hinter uns liegende Jahr 2006 hat gezeigt, dass die Stadt Eschweiler in ihrer Zukunftsentwicklung nicht weiter gekommen ist, eine Feststellung, die die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler trifft.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
der vorliegende Entwurf zum Haushalt 2007 ist beraten worden, wenngleich ich nicht verhehle, dass die neue Haushaltssystematik gewisse Schwierigkeiten in der Les- und Interpretationsart mit sich gebracht hat.

Von daher sind die Anfangsschwierigkeiten zu akzeptieren und wir haben dies auch so hingenommen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren, die in der Kämmerei seit Jahren die Umstellung herbeigeführt haben, für Ihre Arbeit danken, denn uns ist schon bewusst, welcher Kraftakt diesem ersten Ergebnis vorausgegangen ist.

Herr Bürgermeister,
mit Ihrem Haushaltsentwurf 2007 haben Sie keine Zukunftszeichen gesetzt.

Ich bleibe dabei: Ihr Haushalt ist
mutlos, weil in ihm nicht wirklich gespart wird,
profillos, weil keine politischen Schwerpunkte gesetzt werden und
verantwortungslos, weil erkennbare finanzielle Entwicklungen ausgesetzt werden – unter dem Motto „ es wird schon irgendwie gut gehen „.

Bei den Beratungen zum Haushalt 2007 sind unsererseits alle Veränderungen im Jugendbereich mitgetragen worden, und ich betone ausdrücklich, dass wir die Zielformulierung der mobilen Jugendarbeit für die zukünftige Ausrichtung gemeinschaftlich sehen.

Wir begrüßen die sehr späte Einsicht, dass die partnerschaftlichen Beziehungen zu unseren Partnerstädten neuen Schwung erhalten sollen, eine Vorgabe, die seitens der CDU seit Jahren gefordert wird.

Gewissen kleineren Änderungen, wie Ausbau Terrasse Seniorenzentrum; Bauunterhaltungsmaßnahmen; Sportlerheimen haben wir zugestimmt und tragen diese mit.

Zu zwei interessanten Veränderungen der Koalition muss etwas gesagt werden.

Es ist schon interessant, dass 100.000,00 Euro für ein Gutachten „Optimierung der Verwaltungsabläufe „ und 10.000,00 Euro für die „ Förderung von alter- nativem Wohnraum „ zum Beschluss anstehen, ohne dass Inhalte und vor allen Dingen Ziele erkennbar sind.

Dagegen ist der Betrag von 1.000,00 Euro für Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen einfach lächerlich. Dies ist eine Alibiposition und zeigt, wie populistisch Rot-Grün in der Frage agiert.

Wer sinnvolle Maßnahmen will, der muss auch den Mut haben, für diese Maßnahmen einen angemessenen Betrag in die Hand zu nehmen.

Dass die behinderten Menschen in unserer Stadt die gegen sie getroffene Entscheidung bei der Verlegung des Bahnüberganges an der Stoltenhoffstraße nicht nachvollziehen können, ist verständlich.

Hier teile ich ausnahmsweise einmal die Meinung eines Eschweiler Redakteurs, der deutlich am Samstag formulierte: schämt Euch!

Meine Damen und Herren,

auch das Thema „ Kinderschutzbund „ entwickelt sich zu einem Dauerbrenner.

Lassen Sie mich es einfach sagen:
die sinnvolle und gute Arbeit des Kinderschutzbundes mit all seinem ehrenamtlichen Engagement ist für die CDU ein wichtiger Baustein in unserer Gesellschaft

Es geht aber nicht an, dass diese Einrichtung seit Jahren mit großen Unterdeckungen arbeitet, die nicht nachzuvollziehen sind.

Dies hat nichts mit Misstrauen zu tun, wie die Koalition es uns gerne unter- schieben möchte.

Wo ist da eigentlich die Gleichbehandlung gegenüber anderen Institutionen?
Ich denke da an das Thema „ Stadtjugendring „.

Wo ist da eigentlich die Verlässlichkeit und Aussage der politischen Mehrheit in diesem Hause?

Wo ist da eigentlich die Führung der Verwaltung?

Herr Bürgermeister, ich lehne es ab, Buchführungsunterlagen einzusehen.

Herr Bürgermeister, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass unsere Forderung weiterhin steht: dass die Kosten für die Vormittagsbetreuung von den Ausgaben für die Geregeltte Ganztagesgrundschule eindeutig und nachweislich zu trennen sind, um eine Querfinanzierung zu vermeiden.

Die zur Zeit noch geltenden Bestimmungen verlangen dies nun einmal.

Es ist das legitime Recht zu erfahren, welche Kosten für welche Leistung anfallen.

Der umfangreiche Antrag des SKF, meine Damen und Herren, findet unsere volle Unterstützung und ist inhaltlich bezüglich der Allgemeinen Sozialen Beratung berechtigt. Deutlich formuliert – allen ist die Konsequenz bewusst – und wir müssen für diese sinnvolle Arbeit die beantragten 52.000,00 Euro bereitstellen.

Hier wird sich zeigen, wo das soziale Herz schlägt.

Die unterschiedlichen Entscheidungen zum Segelclub, zur Bücherei und zum Antrag des Citymanagement möchte ich nicht mehr kommentieren.

Unsere Anträge zum Kommunalen Ordnungsdienst und zur Plakatierung in unserer Stadt Eschweiler sind heute noch zu entscheiden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

dass die Koalition bei den Beratungen ihren Antrag, die Erhöhung der Gewerbesteuer nicht durchzuführen, aufgrund der Erhöhung der Krankenhausfinanzierung zurückgenommen hat, kam für mich nicht überraschend.

Dass Sie, Herr Bürgermeister, aus diesem Grunde am Kopf getroffen wurden, tut mir leid, aber Sportler sind hart im Nehmen.

Dass Sie, Herr Bürgermeister, diese 300.000,00 Euro jetzt suchen, ist mir unverständlich und zeigt, wie hilflos Sie in dieser Sache sind.

Ihre populistischen Hinweise auf die Landesregierung werden langsam langweilig und dienen nicht der Sache.

Für die CDU-Fraktion steht fest, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht in Frage kommt und wir finden uns hier im Einklang mit der IHK und unserer heimischen Wirtschaft.

Das Bestehende bewahren, ohne das Neue nicht aus den Augen zu verlieren, bedeutet aktive kommunale Wirtschaftspolitik – jetzt und in der Zukunft.

Die CDU-Fraktion wird in den nächsten Wochen beantragen, dass auf der politischen Ebene ein „Wirtschaftsausschuss“ gebildet wird, damit die Politik jederzeit über anstehende Dinge informiert ist.

Für das Jahr 2007 halten wir es für dringend erforderlich, dass folgende Themen beraten werden, die wir antragsmäßig auf die Tagesordnung für das laufende Jahr setzen werden:

- 1.) Bauordnung/Vermessung – Kostendeckung von Verwaltungsvorgängen
Anpassung der Gebührenordnung.
- 2.) Flächennutzungsplan.
- 3.) Veraltete Bebauungspläne sind a) zu erneuern oder b) außer Kraft zu setzen
- 4.) Bewertung der städtischen Immobilien.
- 5.) Gebäudemanagement – unter Berücksichtigung von Brandschutzanforderungen und mit der Betrachtung der Energiereduzierung.

Meine Damen und Herren,

die bisher einstimmig getroffene Zukunftsentscheidung zum Thema Blausteinsee, hat in den letzten Tagen eine neue Richtung bekommen.

Im Fachausschuss sind die Dinge deutlich auf den Tisch gekommen, und es hat sich herausgestellt, dass die festgelegte Schnittstelle „öffentliche Hand zu privaten Initiativen“, nunmehr von der Koalition anders gesehen wird.

Diese überraschende Wende, und die Aussagen der SPD, machen sehr deutlich, dass Sozialdemokraten zur Echternacher Springprozession neigen und mit Ihrem Vorspringer die „B a s t a – Mentalität“, wieder einführen.

Die öffentliche Pressedarstellung, wie man die weitere private Entwicklung sieht, beinhaltet Falschaussagen.

Müssen wir 1,2 Mill. Euro Fördermittel zurückzahlen?
Werden ca. 1,0 Mill. Euro Drittgelder anderen zukommen?

Dieses Konzept ist unsere Marschrichtung, ich zitiere Leo Gehlen, „abgeänderte Seebühne wird gebaut, vom Seezentrum samt Absetzer hat die Verwaltung die Finger zu lassen!“

Meine Damen und Herren, auf Mittwoch, den 17. März 2010, können wir uns alle freuen, denn bis dahin könnten diese Blausteinseepläne, laut Eschweiler Zeitung, verwirklicht sein.

Achtung, liebe Mehrheit, verlieren Sie nicht die Realität aus den Augen, denn die bisher angedachten und vorgestellten Krause-Projekte eines grünen Gesundheitsgürtels zwischen Kinzweiler und Dürwiß und Tunnel über der Inde haben sich in Luft aufgelöst.

Dass nunmehr am 3. April im Rahmen des Kulturmanagement-Tages – im Auftrage der Stadt Eschweiler – dieses Konzept in 20 Minuten zur Vorstellung kommen soll – zeigt, welche Strategie dahinter steckt.

In diesem Zusammenhang ist auch die anstehende Entscheidung zur Sanierung des Freibades Dürwiß zu betrachten, und die nächsten Wochen werden zeigen, welche Entscheidungen notwendig sind.

Ich glaube, gerade die Weisweiler Bürgerschaft wird hier besonders aufmerksam sein.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass gerade bei diesem Thema und bei diesen event. Kosten, man einmal darüber nachdenken sollte, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Koalition,

der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 wird sehr wahrscheinlich ausgeglichen werden bzw. mit einem Plus verabschiedet, ohne dass man Anstrengungen unternommen hat, wie die auf uns zukommende Unterdeckung im Jahre 2008 mit ca. 8 Mill. Euro zu reduzieren ist.

Fakt ist, dass wir eine Nettoneuverschuldung 2007 aufweisen werden;

Fakt ist, dass der Rahmen der freiwilligen Ausgaben nach Gutsherrenart verwaltet wird;

Fakt ist, dass keinerlei Spar-Anstrengungen unternommen wurden;

Fakt ist, dass Eschweilers Personalkosten nach wie vor zu hoch sind.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler wird dem Haushalt 2007 ihre Zustimmung nicht geben – wo kein Mut ist, Dinge in die richtige Richtung zu lenken, kann es auch keine Unterstützung geben.

Wer nicht bereit ist, neu zu denken, wer nicht bereit ist, neue Herausforderungen anzunehmen, wer nicht bereit ist neu zu gestalten, der steht alleine da.

Politik muss gestalten, sie darf nicht nur verwalten.

Eschweiler braucht neue Antworten auf die Fragen der Zukunft.

Mit den Antworten von gestern und den Konzepten von vorgestern wird man diese Herausforderungen nicht meistern können.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Koalition, gestalten Sie endlich Eschweilers Zukunft.

Eschweiler, den 28.03.2007
Franz-Josef Dittrich
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede der UWG Fraktion am 28.03.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

es dürfte Sie nicht sonderlich überraschen, dass die UWG diesen Haushalt 2007 nicht mitträgt.

Dabei sind es weniger die einzelnen Haushaltspositionen, die mit relativ breiter - auch mit unserer Zustimmung - bereits im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen wurden, als die Art und Weise, wie in dieser Stadt das neue kommunale Finanzmanagement eingeführt und umgesetzt wird.

Im neuen kommunalen Finanzmanagement NKF soll der Haushalt mehr Informationen zur Verfügung stellen als der bisherige kamerale Haushalt. Es soll informieren über die Vermögens- und Schuldensituation sowie die Eigenkapitalausstattung der Kommune und es soll Informationen liefern über den Ressourcenverbrauch.

Diese neuen Informationen müssen in die Definition des Haushaltsausgleiches mit einbezogen werden und bei der Bewertung der Finanzsituation muss die Eigenkapitalausstattung mit berücksichtigt werden.

Der Haushalt im NKF ist ausgeglichen, wenn

1. der Ergebnisplan ausgeglichen ist (also der Ertrag ist größer oder gleich dem Aufwand, d.h. die Einnahmen sind mindestens so hoch wie die Ausgaben).
2. das Eigenkapital nicht negativ ist.

Diesen knappen Überblick zum Sinn und Zweck der Umstellung auf NKF muss ich voraus schicken, damit Ihnen, meine Damen und Herren, bewusst wird, wie unvollständig dieser Haushaltsentwurf ist.

Fangen wir an bei der Eröffnungsbilanz.

Gem. § 92 Gemeindeordnung NRW hat die Gemeinde zu Beginn des Haushaltsjahres eine Eröffnungsbilanz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung aufzustellen.

Die Eröffnungsbilanz und der Anhang haben zum Bilanzstichtag unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und der Schuldenlage der Gemeinde zu vermitteln.

Die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz ist auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorzunehmen.

Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte für die Vermögenswerte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten soweit nicht Wertberichtigungen notwendig werden.

Wenn wir nun in diese Eröffnungsbilanz hineinsehen, fällt jedem auf, der über eine kaufmännische Grundausbildung verfügt, dass bei den Sachanlagen nur eine einzige einsame Zahl vermerkt ist: 250 Mio. €.

Aus welchen konkreten Positionen und Fakten sich dieser Betrag als Summe ergibt: Fehlanzeige!

Stattdessen lesen wir bei den Erläuterungen zur vorläufigen Eröffnungsbilanz: Das Sachanlagevermögen der Stadt Eschweiler befindet sich derzeit noch in seiner abschließenden Bestandserfassung und Bewertung.

Eine Aussage über den Wert des Bilanzpostens kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden.

Ebenfalls keine - ich betone überhaupt keine - Angaben befinden sich in der Eröffnungsbilanz zum Finanzanlagevermögen. Erneut möchte ich Ihre Erläuterung zitieren: Zum Finanzanlagevermögen kann zum heutigen Stand keine Aussage über die Höhe gegeben werden.

Aufgrund der Bestimmungen der Gemeindehaushaltsverordnung, hier der § 55 Gemeindehaushaltsverordnung, kann die abschließende Bewertung der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen erst nach Vorlage der Geschäftsergebnisse des Jahres 2006 erfolgen.

Für die letzte Aussage hat auch die UWG Verständnis, doch würde es erheblich und notwendigerweise der versprochenen Durchsichtigkeit des städt. Finanzdschungels dienen,

wenn die für den Haushalt zuständige Kämmererei sich durchgerungen hätte, alle Bewertungen und Bestandserhebungen z. B. zum 30.09.2006 festzuhalten.

Die für NKF zu erbringenden Unterlagen und Zahlen sind doch nicht erst seit Ende 2006 bekannt! Trotz mehr als 2-jährigem Vorlauf haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. „Mangelhaft“ ist deshalb die Bewertung durch die UWG und nicht nur durch uns alleine.

Ebenfalls finden wir keinerlei Angaben über das Umlaufvermögen.

Es kann nicht nachvollzogen werden, dass im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung keine konkreten Angaben gemacht werden können, über öffentlich rechtliche Forderungen z. B. Gebühren, Beiträge, Steuern.

Auf der rechten Seite des von Ihnen als „vorläufige Bilanz“ bezeichneten Zahlenwerks steht beim Eigenkapital unter Rücklagen eine einzige Zahl: € 109 Mio.

Darunter finden wir den Posten sonstige Rücklagen 90 Mio. € und bei der Position Rückstellungen - Pensionsrückstellungen 50 Mio. €.

Keine Angaben darüber, woher diese Zahlen kommen.

Stattdessen erfahren wir in den Erläuterungen, dass eine konkrete Aussage zur Höhe dieser Bilanzposten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist oder sich die Unterlagen in Bearbeitung befinden, jedoch noch nicht hinreichend abgeschlossen sind.

Bei den Verbindlichkeiten wird ein Betrag in Höhe von 91 Mio. € aufgeführt, so als seien die Positionen 4.2 – 4.8 für die Stadt Eschweiler nicht zutreffend.

Pikanterweise – und wie viele Jahre hat die UWG Kassenkredite mahnend in ihren Haushaltsreden angesprochen - hat die Kämmererei die Position schlicht und einfach vergessen.

Und wiederum hat nur die UWG dies bemerkt und rechtzeitig angemahnt.

Geschehen in Form einer notwendigen Korrektur ist bis heute nichts. So geht man offensichtlich bei „Kämmerers“ mit der Kleinigkeit von 23,5 Mio. € um! Das ist der zum 31.12.2006 geschuldete Kassenkreditbetrag.

Dass alleine diese fehlende Bilanzposition z.B. das ausgewiesene Eigenkapital negativ beeinflusst, wird auch der Nichtfachmann einsehen. Diese schwerwiegenden Defizite einer Eröffnungsbilanz, die diesen Namen nicht verdient, würden im Bereich der

Gewerbetreibenden den sofortigen behördlichen Einsatz in Form einer Sonderprüfung des Finanzamtes nach sich ziehen.

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Unverfrorenheit dazu, mit einer solchen Eröffnungsbilanz an die Öffentlichkeit zu gehen und dazu noch mit dem Brustton der Überzeugung zu verkünden, bei der Einführung der kaufmännischen Buchführung sind wir hier in Eschweiler ganz weit vorne.

Vorne ja, aber nur bei der Beurteilung von Fachleuten, die einhellig das Vorgelegte in ihrer beruflichen Praxis bisher noch nicht gesehen haben.

Dem interessierten Zuhörer stellt sich allerdings die Frage, weshalb man denn bestrebt ist, das neue kommunale Finanzmanagement und die vollkaufmännische Buchführung in Eschweiler schon zu diesem Zeitpunkt einzuführen, wo offensichtlich wird, dass viele dringend notwendige Bilanzarbeiten noch nicht erstellt sind.

Ich will es Ihnen verraten: Wir finden auf der rechten Seite der Eröffnungsbilanz unter dem Oberbegriff Eigenkapital unter Ziffer 1.3 eine Position, die wir bisher nicht im Haushalt hatten, die sogenannte Ausgleichsrücklage in Höhe von 19 Mio. €. Es darf nämlich ein gesonderter Posten beim Eigenkapital angesetzt werden, der bis zu einem Drittel des Eigenkapitals der Eröffnungsbilanz, höchstens jedoch bis zu einem Drittel der Höhe der durchschnittlichen jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen der drei dem Eröffnungsbilanzstichtag vorangehenden Haushaltsjahre betragen kann.

Diese Ausgleichsrücklage ist Eigenkapital, das im Grunde gar nicht vorhanden ist.

Im Zeitalter der Computertechnik würde man sagen: „Virtuelles Geld“.

Etwas rustikaler ausgedrückt: Die Ausgleichsrücklage ist Spielgeld für den Kämmerer aber auch für den Bürgermeister.

Aus dieser „Schatztruhe“ lässt sich in den nächsten Jahren nämlich jeweils ein „ausgeglichener Haushalt“ auf dem Papier darstellen, ohne dass sich tatsächlich die finanziellen Verhältnisse positiv entwickeln. So versteht sich auch der erklärte Optimismus des Kämmerers auf Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes.

Ohne nach wie vor dringend notwendige strukturelle Sparmaßnahmen wird der finanzielle Kollaps zeitlich verschoben und so bei manchen wohl die Hoffnung am Leben gehalten, die Bürger würden von all dem nichts bemerken. Nicht mit der UWG, meine Damen und Herren!

Im Wirtschaftsleben nennt man das Bilanztrick. Er ist zwar zulässig, schönt aber die tatsächliche finanzielle Situation nur kurzfristig. Auch die Ausgleichsrücklage täuscht nicht darüber hinweg, dass wir nach wie vor in Eschweiler keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben.

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass die fehlenden Kassenkredite das Eigenkapital um mindestens 23,5 Mio. € schmälern. Stellen wir uns einfach vor, dass nach Vorliegen der konkreten Zahlen im 3. Quartal 2007 das in der vorläufigen Eröffnungsbilanz ausgewiesene Vermögen von 250 Mio. € sich als zu optimistisch bewertet erweist. Das ist angesichts des bestehenden Unterhaltsstaus nicht einmal unwahrscheinlich.

So könnte sich unser Eigenkapital Richtung 0 reduzieren. Diese Annahme ist nicht einmal unrealistisch, weil die Verwaltung selbst in den nachgereichten Änderungsvorschlägen die Abschreibungen von 6,2 Mio. € auf 5 Mio. € herabgesetzt hat.

Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass eine Überbewertung des Anlagevermögens stattgefunden hat und tatsächlich eine Wertberichtigung von 250 Mio. € auf 200 Mio. € erfolgen muss.

Die nachgereichten Veränderungen der Verwaltung zum Haushaltsentwurf sehen allein in diesem Jahr beim Produkt 11 53 80 201 - das ist die Abwasserbeseitigung - eine Senkung der Abschreibung um 800.000 € vor. Der Gebührenhaushalt Abwasser wird demzufolge um 800.000 € entlastet. Dass mit dieser mit keiner Erläuterung versehenen Änderung die Gebührekalkulation und die Gebührenordnung Abwasser auf den Kopf gestellt werden, ist keinem der anwesenden Haushaltsexperten offensichtlich aufgefallen.

Aufgrund der Änderung der Abschreibung müssen die Abwassergebühren gesenkt werden, Herr Bürgermeister, wir erwarten, dass hier und heute zu diesem Thema der Kämmerer Position bezieht.

Die UWG empfiehlt an dieser Stelle einen Rückblick auf das erst im Vorjahr vorgestellte Maßnahmenpaket zur Haushaltssanierung bzw. zur Haushaltsstützung:

Drei der vier angekündigten Punkte sind nicht umgesetzt worden.

Einer - nämlich die AÖR – soll nun doch zum 01.07.2007 installiert werden.

Wer auch immer sich davon einen finanziellen Vorteil versprechen mag, die Beratungsgesellschaft hat ihn bereits: Über 270.000 € für Rechtsberatung dürfen von Eschweiler Bürgern dafür aufgewandt werden!

Kein Wunder, dass dann sogar 5000 € für einen behindertengerechten Bahnübergang gestrichen werden. Von einer Partei, die bei jeder Gelegenheit das Wort Gerechtigkeit im Munde führt.

Die im letzten Jahr im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes vorgestellten Lösungen - ich erinnere an die vorgesehene Kapitalisierung des bei den Wirtschaftsbetrieben entstehenden jährlichen Fehlbedarfs durch den privaten Anteilseigner - haben sich mittlerweile in Luft aufgelöst.

Es stimmt auch nicht, dass die Stadt Eschweiler Schulden abgebaut hat. Sie hat zwar Tilgungsleistungen auf investive Kredite gezahlt, die sich demzufolge verringert haben, jedoch durch die geringen Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre sind die damit verbundenen Kreditaufnahmen geringer gewesen. Das nennt man wachsenden Sanierungsstau, den Sie Herr Bürgermeister immer noch mit 50 – 70 Mio. € grob benennen.

Entgegen der behaupteten Schuldenreduzierung in den letzten 7 Jahren ist festzuhalten:

Die Stadt verfügte 2000 über eine Rücklage von ca. 3 Mio. € und war so liquide, dass man über Herrn Koch laufend Millionenbeträge zinsgünstig anlegen konnte.

Jetzt ist die Rücklage auf 0 und nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage ist noch vorhanden.

Die Kassenkredite sollen für das Jahr 2007 notwendigerweise auf 35 Mio. € angepasst werden. Wir haben von Anfang an vor einer kontinuierlichen Erhöhung der Kassenkredite gewarnt, weil sie in Folge der - wie Ihnen allen bekannt ist - steigenden Zinsen kontinuierlich teurer werden und uns z. Zt. pro Jahr nochmals fast 1 Mio. € Zinsen kosten.

Bis 2010 erwarten Sie selbst einen Anstieg der Zinsen für Kassenkredite auf 1,5 Mio. €. Das ist gegenüber 2006 eine Verdoppelung.

Hinzu kommt, dass durch die Veräußerung von Vermögen an Beteiligungsgesellschaften jährlich jeweils hohe Millionenbeträge im Haushalt verbraucht wurden.

Ich erinnere an die Gründung der Strukturgesellschaft, den Verkauf von 25,1 % an Anteilen des Städt. Wasserwerks, die Gründung der WBE unter Beteiligung eines privaten Partners, den man offensichtlich heute nicht mehr los wird, und jetzt zuletzt im Rahmen der AÖR-Gründung die Veräußerung von Vermögen in Höhe von 3,5 Mio. €.

Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren Sonderrücklagen aufgelöst, wie z.B.

bei den städtischen Bäderbetrieben in Höhe von 6,5 Mio. €. Dabei nahm man sogar den Nachteil in Kauf, die bei der Überführung dieses Betrages in den allgemeinen Haushalt fällig werdende steuerliche Mehrbelastung in Höhe von 600.000 € zu zahlen.

Die Sonderrücklage Bäderhaushalt hätte man heute für die Sanierung des Freibades Dürwiß einsetzen können. Eine Versteuerung dieser Rücklage wäre vermieden worden, weil sie ja für den vorgesehenen Zweck Bäder verwendet worden wäre und nicht für den Ausgleich von Haushaltsdefiziten. Da der Verwaltung der schlechte bauliche Zustand des Freibades Dürwiß - wie sie selbst in ihren eigenen Verwaltungsvorlagen darlegt - schon seit Jahren bekannt war, war die Verwendung der Sonderrücklage für den allgemeinen Haushaltsausgleich mit der damit verbundenen Steuerzahlung mehr als fahrlässig. In Dürwiß sind mehr Euros als Schwimmer baden gegangen!

Heute steht die Stadt vor der Situation, zum Erhalt des Dürwißer Freibades mindestens genauso viel Geld ausgeben zu müssen, wie in Weisweiler notwendig gewesen wäre, um das Hallenbad incl. der wettkampftauglichen Freibadanlage zu erhalten. Hatten die Weisweiler Bürger mit ihrem 1000-fachen Votum so unrecht!?

Lassen Sie mich jetzt zurückkommen auf weitere wichtige Fakten des Haushaltsentwurfes 2007.

Wie man Hoffnungen und Dankbarkeit bei den Steuerpflichtigen weckt, eine beschlossene Gewerbesteuererhöhung großzügig vom Tisch zu nehmen verspricht, um sie wegen der plötzlich bekannt gewordenen Verdopplung der Krankenhaus-Investitionspauschale durch die böse Landesregierung doch vollziehen zu müssen, das hat uns Rot/Grün während der Haushaltsberatung vorgespielt.

Vorgespielt deshalb, weil längst bekannt und in Haushalten anderer Kommunen bereits 2006 zahlenmäßig berücksichtigt. Wissen andere mehr, oder sind die nur ehrlich!?

Ehrlich hätte man auch sein können bei der Prognose des Einkommensteueranteils der Gemeinden für das Jahr 2007. Die Orientierungsdaten des Landes gehen von einem Plus von 1,5% gegenüber 2006 aus. In Eschweiler wird dies völlig ignoriert und sogar ein Rückgang bei dieser Einnahmeposition in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Statt 14,5 Mio. € wäre ein Ansatz von bis zu 16 Mio. € realistisch und vertretbar. Das nenne ich eine Haushaltsverbesserung, Herr Knollmann! Oder sind das Ihre stille Reserven für „Unvorhergesehenes“?

In jedem Falle wird der Betrag ausreichen, um die Erhöhung der Krankenhausfinanzierung und den „Verlust“ einer nicht durchgeführten Gewerbesteuererhöhung kompensieren.

Ein weiterer Punkt:

Im Band 1, Seite 27, des Haushaltsentwurfes 2007 ist ein Einnahmeansatz in Höhe von 4,5 Mio. € aus der Vertragsauflösung WBE aufgeführt. Aus dem gleichen Band auf Seite 105 darf ich zitieren „derzeit in Ansätzen diskutierte Überlegungen hinsichtlich einer Beendigung

des Engagements der Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG haben sich noch nicht in einer Weise konkretisiert, dass daraus Aussagen über mögliche Einflüsse auf die weitere mittel- und langfristige Entwicklung der WBE getroffen werden“.

Diese Schönfärberei des Haushalts ist schon dreist!

Es ist bezeichnend, dass Sie das nötig zu haben scheinen, obwohl Sie in den Jahren 2006 und 2007 - ohne eigenes Zutun - aus Gewerbesteuernachzahlungen über 20 Mio. € vereinnahmen werden.

Grund genug zum Abheben?

Damit lande ich beim Verkehrslandeplatz Merzbrück.

Viele - und wohl zu viele – versprechen sich von einem Ausbau des Verkehrslandeplatzes Merzbrück mehr Geschäftstätigkeit zu Land und in der Luft.

Mit schönen Worten und Bildern werden Gewerbeansiedlungen und Geschäftsreisende angekündigt, die es bisher nicht mal in Ansätzen gibt.

Fachlich und sachlich haben sich engagierte Bürger dieses Themas angenommen und bisher unwidersprochen nachgewiesen, dass die hochtrabenden Pläne mit Sicherheit die beteiligten armen Kommunen im Laufe der nächsten Jahre viele Millionen kosten werden.

Statt sich auf das Notwendige zu beschränken – die aus Sicherheitsgründen erforderliche Verlängerung der bisherigen Start- und Landebahn -, werden völlig irrealen Erwartungen geweckt.

Merzbrück gestattet auch in Zukunft nur Schönwetterfliegerei innerhalb eingeschränkter Betriebszeiten im unkontrollierten Luftraum für eine kleine Zahl von Nutzern.

Gewerbliche Flieger werden auch weiterhin aus vielerlei guten Gründen sichere Flughäfen wie Lüttich oder Maastricht anfliegen.

Merzbrück wird für keinen eine Konkurrenz sein. Im Gegenteil!

Wo wir schon einmal bei Erwartungen und Visionen sind. Sie werden bekanntlich geboren, aufgeblasen und platzen!

Was ich eben über virtuelles Geld für den Kämmerer gesagt habe, gilt in abgewandelter Form für die Visionen des Herrn Gehlen, die der kopfschüttelnde Leser von Zeit zu Zeit aus der Zeitung entnimmt: Ich spreche vom Ferien-, Erholungs-, Freizeit- und Sportzentrum Blausteinsee mit doppelter Gabione und Fischrestaurant.

Schlappe 45 Mio. € - oder darf es gar ein wenig mehr sein – sollen dort für die Allgemeinheit investiert werden. Diesem „krausen“ Gedankengut glaubt die UWG nicht die „Bohne“. Wenn schon aus Indetunnel, Indeüberbauung und Pferderennbahn nichts geworden sind, so lassen wir uns in Eschweiler auch in Zukunft das Träumen nicht verbieten.

Ein Wort zum Schluss:

Sie, Herr Kämmerer, haben vor einiger Zeit in einem Zeitungsinterview die sicherlich zutreffende Ansicht vertreten: „Die UWG braucht mir das Laufen nicht mehr beizubringen“.

Wie wäre es dann einfach mit Gehen?

Erich Spies

Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2007

28.03.2007

Franz-Dieter Pieta, Bündnis 90 / Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates
und der Verwaltung,

Wir wissen, dass dieser nach dem „Neuen kommunalen Finanzmanagement“, kurz NKF, erstellte Haushalt noch nicht formvollendet ist. Trotzdem werden wir ihm zustimmen. Und das aus folgenden Gründen.

Ich gehe nur auf einige Punkte des Haushaltes ein, die illustrieren sollen, welche Politikschwerpunkte die Grünen in Eschweiler setzten und warum wir dem Haushalt zustimmen.

Der Übergang von der alten Kameralistik zum NKF kann erwartungsgemäß nicht schon im ersten Jahr abgeschlossen werden. Deshalb akzeptieren wir den aktuellen Stand und erwarten, dass der nächste Haushalt dem Ziel schon deutlich näher kommen wird.

Das NKF bietet durch die Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen endlich die für eine Planung notwendige Transparenz der Kosten bezogen auf ein sog. „Produkt“. Der Produktkatalog lässt sich sicherlich noch sinnvoll ergänzen. Die Einführung von Ziele bietet der Politik eine erweiterte Steuerungsmöglichkeit.

Leider schafft Eschweiler aus eigener Kraft nicht den struktureller Ausgleich, d.h. die sog. Ausgleichsrücklage reduziert sich und es besteht die Gefahr, dass sie in einigen Jahren aufgezehrt sein wird. Das liegt nicht an Eschweiler, sondern an der immer noch nicht angegangenen Reform der kommunalen Finanzen. Mit diesem Haushalt wird trotzdem der formale Ausgleich erreicht, ohne im sozialen Bereich streichen zu müssen. Damit wird ein aus meiner Sicht wesentliches Ziel der Koalition von SPD und Grünen erreicht.

Die Stadt Eschweiler unterstützt den KidsKlub des Kinderschutzbundes, der an 6 Grundschulen die geregelten Vormittagsbetreuung anbietet, bis Mitte des Jahres mit 100 000 €. Mit diesen Geldern werden nicht nur die Kinder pädagogisch betreut, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen und Mitarbeiterinnen qualifiziert. Nur durch diese verlässliche und pädagogisch anspruchsvolle Betreuung ist es vielen, häufig alleinerziehenden Frauen möglich, eine Arbeit aufzunehmen. Damit und für die in der Betreuung Beschäftigten fallen deshalb Zahlungen z. B. der Arbeitsagentur fort.

Ebenfalls bedacht werden muss, dass dort rund 1/3 des Etat an Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden.

Für die Schulen, bei denen die Vormittagsbetreuung aufgrund struktureller Gegebenheiten nicht kostendeckend sein kann, muss u.E. zur Deckung des nachvollziehbar nachgewiesenen Defizits die öffentliche Hand einspringen.

Bald gibt es in Eschweiler eine flächendeckende Versorgung von offenen Ganztagsgrundschulen (OGATA). Die Nachfrage nach den Plätzen zeigt deren Notwendigkeit. Dabei ergeben sich kostensenkende Synergieeffekte, wenn die OGATA von der gleichen Organisation betreut wird wie die geregelte Vormittagsbetreuung.

Es hat sich gezeigt, dass die OGATA die geregelte Vormittagsbetreuung nicht ersetzt.

Eine pädagogisch qualifizierte Ganztagsbetreuung unterstützt Eltern bei der Balance zwischen Familie und Beruf und entlastet damit diese Familien. Das Familienklima wird besser, was auch den Kindern hilft. Darüber hinaus bietet eine qualifizierte Betreuung den Kindern die Anregungen und die Unterstützung, die sie für ihre Entwicklung brauchen.

Das städtische Jugendheim OASE wird von der Koalition weiter unterstützt, da die Arbeit, die dort geleistet wird, dringend notwendig ist. Dort werden nachmittags Kinder betreut, es wird gemeinsam gekocht und Hausaufgabenhilfe erteilt. Diese Kinder brauchen diese Betreuung. Das Team der OASE kann hier viel auffangen.

Von 17 - 20 Uhr gibt es Jugendarbeit für Jugendliche im Alter von 14-20 Jahren. Für viele dieser Jugendlichen ist die OASE eine wichtige Ergänzung zur Familie. Auch die Freizeitmaßnahmen der OASE in den Ferien werden unterstützt.

Trotz Mittelkürzungen durch das Land ist es auch diesmal wieder gelungen, den Jugendheimen freier Träger die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Pastor Zehren Haus in Röhrgen wird Mitte des Jahres Räume für die Offene Ganztagschule Karlstraße zur Verfügung stellen. Dafür wird das Haus finanziell unterstützt und in seiner Existenz gesichert.

Politiker neigen dazu alles besser zu wissen. So waren wir der Meinung, dass es ein formelles Jugendparlament geben müsste. Die Arbeit des Jugendamts hat aber gezeigt, dass vordringlich in den 16 Stadtteilen Stadtteilarbeit geleistet werden muss. Dort sollen Stadtteilforen eingerichtet werden, über die die Jugendlichen des Stadtteil ihre Wünsche und Interessen in die Politik einbringen können. Die Sprecher der Stadtteilforen sollen sich einmal pro Jahr auf Stadtebene treffen. Unter anderem für diese Arbeit wird durch die Einrichtung einer zusätzlichen halben Stelle die benötigte Personalkapazität zur Verfügung gestellt. Dazu kommen noch die entsprechenden Sachmittel.

Um das Kulturzentrum Talbahnhof wird Eschweiler von anderen Kommunen beneidet. Seine Unterstützung steht außer Frage. Auch hier gibt es einen sinnvollen Mix zwischen städtischer Unterstützung und privater Initiative über einen erfolgreichen Förderverein.

Eine Stadtbücherei gehört zum notwendigen kulturellen Angebot einer Stadt. Auch im diesen Jahr bleibt der Zuschuss der Stadt auf gleicher Höhe. Hier wird nicht gespart. Es ist nicht zu verstehen, was eine von der CDU vorgeschlagenen Privatisierung außer einer Senkung des Niveaus und Nachteile für die Mitarbeiter bringen soll.

Der vor Jahren erstellte Ratgeber für Senioren soll aktualisiert werden. Dafür werden 1000 € zur Verfügung gestellt.

Es gibt ein Fördertopf mit 10 000 €, mit dem private Initiativen und Bauvorhaben im Bereich „Alternative Wohnformen für ältere Menschen“ unterstützt werden sollen. Vorrangig gefördert werden soll die Planung von Mehrgenerationenhäusern, d.h. Jung und Alt unter einem Dach. Der städtische Fördertopf soll private Interessenten, die bereits erste schlüssige Ideen und Grobkonzepte vorweisen können, in die Lage versetzen, eine auf ihren konkreten Einzelfall bezogene Fachberatung in Anspruch zu nehmen.

Einzelheiten zur Vergabe der Fördermittel sollen in vom Sozial- und Seniorenausschuss zu erstellenden Richtlinien geregelt werden.

Die Eschweiler Grünen haben sich für den Erhalt des Freibades Dürwiß ausgesprochen. Eschweiler braucht mindestens ein Freibad.

Wir sehen für Eschweiler keinen Grund, den Flugplatz Merzbrück mit städtischen Mitteln zu unterstützen. Immerhin reden wir über die Jahre von rund ½ Mio Euro ! Fliegen als Hobby muss nicht unterstützt werden und bei Geschäftsreisen ist auch nicht einzusehen, warum die Allgemeinheit sie subventionieren soll. Wir lehnen die finanzielle Unterstützung des Flugplatzes ab.

Wir unterstützen nachdrücklich die Maßnahmen der Stadt zur Energieeinsparung. Damit wird der Ausstoß von CO₂ reduziert und auch noch Geld gespart.

Über den Verkauf der städtischen Heizungsanlagen an einen Betreiber, der dadurch ein wirtschaftliches Interesse an Energieeinsparung hat, versprechen wir uns viel.

Alle Jahre wieder gibt es Diskussionen über die Gewerbesteuer. Auch in diesem Jahr war von der Verwaltung eine Erhöhung geplant. Ob und wie schädlich solch eine Erhöhung für das Gewerbe in Eschweiler sein könnte, wird unterschiedlich gesehen. Da der Haushalt die Erhöhung nicht zwingend erfordert, wird dieses Jahr auf eine Erhöhung verzichtet.

Die Entscheidung der Koalition am Blausteinsee die Auftragsvergaben zu stoppen, die weiteren Planungen für das Seezentrum zu verschieben und bis Anfang Juni ein Konzept vorzubereiten, dass eine offene modulare Weiterentwicklung des Geländes am Blausteinsees zulässt, ist sinnvoll. Nur dadurch können die Vorstellungen von potentiellen Investoren eingearbeitet werden.

Es gibt den Antrag des Sozialdienstes katholischen Frauen, des SKF, auf Finanzierung einer Stelle in der Allgemeinen sozialen Beratung. Der SKF führt aus, dass diese sinnvolle und auch notwendige Beratung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, da das Bistum Aachen, der Kreis Aachen und das Land NRW finanzielle Zuschüsse kürzt.

Wenn es nach Analyse der konkreten Arbeitsverteilung zwischen den verschiedenen Beratungsbereichen und den evtl. noch zur Verfügung stehenden anderen Finanzierungsquellen wie z.B. eine ABM-Stelle, noch eine Finanzierungslücke geben sollte, wird die Möglichkeit deren Finanzierung durch die Stadt geprüft werden.

Es soll eine Organisationsuntersuchung der Verwaltung der Stadt Eschweiler durch einen Externen durchgeführt werden. Ich betone, dass das keine Maßnahme zur Vorbereitung von Personalkürzungen ist. Mit den Grünen sind Personalkürzungen nicht zu beschließen. Es sollen Schwachstellen in der Aufbau- und Ablauforganisation gefunden und beseitigt werden. Dadurch wird sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Verwaltung steigern und, da bin ich sicher, auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter. Probleme in der Organisation demotivieren alle Betroffenen.

Zum Abschluss meiner Rede nun der obligatorische, aber ehrlich gemeinte Dank an unseren Koalitionspartner SPD, an die Verwaltung und auch an die Opposition.

Vielen Dank.

Haushaltsrede des Vorsitzenden der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Konstantin Theuer

zu den Haushaltsberatungen

2007

Mittwoch, den 28.03.2007

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe: 28.03.2007, 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute beschließen wir den ersten Haushalt, der nach dem „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“, kurz NKF, aufgestellt wurde. Wir sind uns bewusst, dass dies einen enormen Kraftakt darstellt, und dass auch gewisse Unsicherheiten auftreten können, sowie Vergleiche mit früheren Haushalten oft zu Irritationen führen, da das neue Zahlenwerk einem geänderten Aufbau unterliegt.

Unser Hauptanliegen ist, dass im Jahr 2007 nicht erneut an der „Steuerschraube“ gedreht wird. Gegen unseren Widerstand hat die rot/grüne Mehrheit 2006 den Gewerbesteuerhebesatz auf 430 v. H. beschlossen und jetzt wird uns von der Verwaltung der Vorschlag unterbreitet, diesen in 2007 sogar auf 440 v. H. anzuheben. Mit Schreiben vom 28.02.2007 haben wir deshalb beantragt für 2007 bei einem Satz von 430 v. H. zu bleiben, diesen in 2008 auf 415 v. H. abzusenken, und langfristig einen solchen von 400 v. H. anzustreben. Durch die der Verwaltung von der rot/grünen Mehrheit vorgelegte Veränderungsliste war auch zu erkennen, dass die hiesige Koalition diesem Gedanken folgen wollte.

Die Beratungen hierzu wurden aber im Haupt- und Finanzausschuss vor 14 Tagen abgesetzt, vor dem Hintergrund, dass in 2007 ca. 300.000 € Mehrbelastung auf die Stadt Eschweiler aufgrund der am 21.12.2006 durch den Landtag NRW beschlossenen Änderung des Krankenhausgesetzes bei der Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung beschlossen wurde.

Hier einen Zusammenhang herzustellen ist schon abenteuerlich. Sollen einzig und allein die Gewerbetreibenden die Folgen dieser Änderung „löhnen“? Das kann es doch nicht sein!

Auslöser für die Änderung bei der Krankenhausfinanzierung und dem Gemeindeanteil an der Grunderwerbsteuer ist die enorme Schuldenlast der rot/grünen Landesregierung bis 2005. Hier sah sich die neue schwarz/gelbe Koalition in Düsseldorf gezwungen „die Notbremse zu ziehen“, aber erst als erkennbar wurde, dass alle Kommunen des Landes durch enorm gestiegene Gewerbesteuererinnahmen hierzu auch leistungsfähig geworden sind.

Die im Raum schwebende und von der Verwaltung und einigen Politikern angedachte Erhöhung der Gewerbesteuer würde, wenn das so kommt, Ihren Bemühungen, Herr Bürgermeister, Eschweiler als herausragenden Gewerbestandort zu vermarkten, entgegenstehen. Sie würden durch die rot/grüne Koalition massiv behindert.

Wir hätten damit den höchsten Gewerbesteuersatz im Kreisgebiet.

Das wäre keine Sozialpolitik, sondern Arbeitsplatzvernichtungspolitik, und das bei der höchsten Arbeitslosenquote in der Region.

Gewerbefreundlichkeit bedeutet mehr Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze bedeuten Sicherheit, und man brauchte das Geld, was man über die Gewerbesteuer abschöpft,

nicht für Sozialprojekte, die sich durch Arbeitslosigkeit und Desorientierung ergeben, einzusetzen. Das wäre aktive Sozialpolitik und kein Reparaturbetrieb!

Aber in etwa einer halben Stunde wissen wir ja mehr. Wir hoffen dass die Vernunft siegt!

Bei dem Thema „Reduzierung der Personalkosten“ hat sich nichts bewegt. Im Haushalt sind nur Verschiebungen fest zu stellen. Ein Vergleich nach der bisherigen „Kameralistik“ und heutigem „NKF“ ist zugegebener Maßen nicht möglich. Die Verschiebung von Personalkosten für die kommende AÖR bedeutet für die Stadt Eschweiler keine Personalkostenreduzierung! Diese treffen wir nun in der Gesellschaft wieder. Einspareffekte, wenn es überhaupt welche gibt, werden in den ersten 10 Jahren von den Einrichtungskosten der AÖR verzehrt. Wenn eine Aktiengesellschaft so operieren würde ginge der Börsenkurs gegen 0!

Unsere wiederholte Forderung lautet: Personalkosteneinsparung 2 % pro Jahr = 10 % in 5 Jahren. Dies könnte das strukturelle Haushaltsdefizit **nachhaltig** positiv beeinflussen.

Wir fordern seit Jahren ein Personalentwicklungskonzept was den Namen auch verdient. Offenbar ist diese unsere Forderung auch bei der Koalition von Rot/Grün angekommen, die für 100.000 € ein externes Gutachten „Organisationskonzept“ erstellen lassen will. Es ist ja schon ein Fortschritt, wenn man einsieht, dass man fremden unabhängigen Sachverstand braucht. Der eigenen Mannschaft, angeführt von Ihnen Herr Bürgermeister Bertram, traut Rot/Grün dies offenbar nicht zu. Vielleicht wird das aber noch geändert mit der „Basta-Politik“, - „Wir wissen das besser“.

Auch wenn die momentane Situation sich durch die enormen Gewerbesteuermerkmale gebessert hat, sehen wir trotzdem bei unveränderter Personal- und Ausgabenpolitik, und dies scheint in den Köpfen der rot/grünen Mehrheit verankert zu sein, ein strukturelles Haushaltsdefizit von 5 bis 10 Mio €, sprich wir geben Jahr für Jahr 5 bis 10 Mio € mehr aus als wir einnehmen.

Diese Hypothek müssen unsere Kinder und Enkel bezahlen oder führen zwangsweise zur Handlungsunfähigkeit.

Hier in der rot/grünen Koalition, wie auch in der Verwaltung, besteht kein Wille zum Sparen. Die Ausgaben werden bis an den Rand des Möglichen ausgeschöpft. Wenn man einen Überziehungskredit, sprich Kassenkredite, von 25 bis 30 Mio € hat, würde das bei einem Privatmann dazu führen, dass er von der Bank alle Kreditkarten gesperrt und entzogen bekommt.

Hier müssen Schulden und Kassenkredite abgebaut, und die Ausgaben minimiert werden, um mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Aber der Weg der Einnahmeverbesserungen, der von der Koalition seit Jahren gegangen wird, indem die Bürger und Gewerbetreibenden immer höher belastet werden, ist einfacher. Lassen wir uns nicht blenden, meine Damen und Herren, das „NKF“ führt zwar durch seine Systematik aus dem HSK, aber die Haushaltseckdaten haben sich nicht verändert.

Wir brauchen ein „internes HSK“, welches Rat und Verwaltung in den Ausgaben bremst, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gewährleisten zu können.

Wir brauchen keine „Hochglanzaufwertung“ des Dürwißer Freibades, sondern eine grundsätzliche Sanierung. Wir brauchen keinen fiktiven 45 Mio € teuren Ausbau des Blausteinsees, sondern einen grundsätzlichen, kontinuierlichen Aufbau desselben unter Beteiligung des örtlichen Gewerbes.

In Zukunft wird der Bürger in Eschweiler noch wesentlich mehr belastet. Sterben wird teurer. Geplant sind Steigerungen zwischen 50 und 100 %. Die „letzte Miete“ wird fast unbezahlbar, aber auch hier gilt das gleiche Prinzip, den Bürger weiter belasten und kein Mensch denkt in diesem Haus an Sparen und Kostenreduzierung. Aber was soll's, wir haben es ja.

Wenn Haushaltspolitik nach den Grundsätzen von Sparen und Ausgabenreduzierungen in diesem Haus gemacht würde, dann hätten wir in Zukunft vielleicht auch wieder Geld, um den von uns seit Jahren angemahnten Zustand Eschweilers Straßen zu sanieren; die Bildungschancen unserer Kinder durch Erhöhung der Gelder für Lehr- und Lernmittel zu verbessern, und vielleicht so kleinere Sachen zu realisieren, wie die Sanierung des Rathausvorplatzes. Bei dem jetzigen Zustand würde sich Johannes Rau im Grab umdrehen, nach dessen Namen man ihn kürzlich umbenannt hat. Möglich erscheint uns ja auch, dass „et Jüppche vom Grav“ bei einem Eschweiler Steinmetz in den „Vorruhestand“ getreten ist. Ja, meine Damen und Herren, Plätze umbenennen ist das eine; Plätze sanieren ist das andere.

Zum Abschluss ein Vorgriff auf das kommende Jahr: Schaffen wir heute die Voraussetzungen, dass die nächsten 150 Jahre für Eschweiler als Stadt positiv verlaufen. Das wünscht man doch jedem Jubilar.

Für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit darf ich mich hiermit recht herzlich bedanken.

Eschweiler, den 28.03.2007

Stadtkämmerer

27.03.2007

Kn/Sch

Tel. 204

**Haushaltsaufstellung 2007;
Veranschlagung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer**

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung der IHK vom 20.03.2007 an den Bürgermeister der Stadt Eschweiler sowie die Pressenotiz vom 22.03.2007 wird seitens des Unterzeichners zunächst festgestellt, dass es sich bei der Veranschlagung im Haushaltsentwurf der Stadt Eschweiler 2007 hinsichtlich des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer nicht um eine Fehlprognose handelt. Insgesamt betrachtet ist die Stellungnahme der IHK sachlich nicht geeignet, zu einer seriösen Betrachtung des Haushaltsentwurfs beizutragen. Diese Einschätzung wird anhand von folgenden Faktoren deutlich:

Der Haushaltsansatz für 2007 zum Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 14,5 Mio. € ist entsprechend der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2006 bis 2008 vom 04.07.2006 in Verbindung mit den zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs vorliegenden Daten zur Schlüsselmasse des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer (November-Steuerschätzung 2006) ermittelt worden.

Rein rechnerisch ergab sich insoweit ein Betrag in Höhe von 14.758.000 €. Mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen (in der Regel Absenkung bis zur endgültigen Festsetzung entsprechend dem jeweiligen GFG) wurde schließlich aus „Sicherheitsgründen“ ein Ansatz von 14.542.000 € in den Haushaltsentwurf eingebracht.

Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt, dass selbstverständlich bis zur endgültigen Festsetzung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer sowie sämtlicher anderer in Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich stehende Einnahmen noch Veränderungen eintreten können.

Nach Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes ist davon auszugehen, dass der im Haushaltsentwurf enthaltene Ansatz realistisch ist.

Hinsichtlich der Äußerungen des Herrn Schönberger zum Gewerbesteueraufkommen der Stadt wird in besonderem Maße die Unseriösität der Aussage deutlich. Obwohl Herrn Schönberger telefonisch erläutert wurde, dass die exorbitante Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens in 2007 ausschließlich auf Nachveranlagungen von Großbetrieben aufgrund von Steuernachprüfungen der Finanzverwaltung basiert, wird dieser Umstand als Gradmesser für kommende Jahre in Bezug auf die Höhe des Gewerbesteueraufkommens bewertet.

Die Aussage, dass der Steuersatz bei der Grundsteuer B in Höhe von 391 %-Punkte eher die Ausnahme bilden dürfte, entbehrt jeglicher Grundlage. Schließlich erheben 6 von 9 kreisangehörigen Gemeinden die Grundsteuer in gleicher Höhe (ebenfalls 391 %-Punkte).